

BESCHLUSSBUCH ZUR VOLLVERSAMMLUNG 2023

11.MÄRZ 2023



BESCHLÜSSE ÜBERSICHT

B01 - TROTZ SPD UND ALLEDEM – UNSER ARBEITSPROGRAMM FÜR 2023/24

B02 - AWARENESSKONZEPT DER JUSOS LEIPZIG

B03 - FÜR GENÜGEND ZUTEILUNG VON WALDMEISTER AN DAS VOLK.

B04 - ACAB UND MEHR - FÜR EINE GESUNDE UND AUSGEWOGENE ERNÄHRUNG
AN SCHULEN

B05 - FÜR EINE AUSWEITUNG DES ANGEBOTS ÖFFENTLICHER KITAPLÄTZE!

B06 - FÜR EINE STADT DER ZUKUNFT!

B07 - EINE KLIMAGERECHTE STADTGESELLSCHAFT FUNKTIONIERT NICHT
OHNE UMVERTEILUNG

B08 - DEZENTRALE UNTERBRINGUNG VON GEFLÜCHTETEN MENSCHEN
KONSEQUENT DURCHSETZEN

B09 - JUNGSOZIALISTISCHE MOBILITÄTSWENDE IN LEIPZIG

B10 - WOHNUNGSPOLITIK STATT WOHNUNGSMARKTPOLITIK

B11 - FRAUENSCHUTZHÄUSER IN SACHSEN STÄRKEN

B12 - SOLIDARITÄT MIT DER WESTSAHARA

B13 - EINFÜHRUNG VON SCHULGESUNDHEITSFACHKRÄFTEN IN SACHSEN

B14 - DAS SÄCHSISCHE BILDUNGSSYSTEM IN MULTIPLLEN KRISEN: UNSERE ANTWORTEN
AUF NEUE UND ALTEN HERAUSFORDERUNGEN.

B15 - MEHR THERAPEUT:INNEN FÜR ALLE

B16 - ÖKO IST KEIN LUXUS - LEBENSMITTEL

B17 - FÜR DEN SCHUTZ KRITISCHER INFRASTRUKTUR!

B18 - KULTUR SCHAFFT PERSPEKTIVE



1 Titel: Trotz SPD und alledem – Unser Arbeitsprogramm für 2023/24



7 Wir leben in Zeiten multipler Krisen. Pandemie, russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine,
8 Energiepreiskrise und Inflation, Klimakrise. All diese normal-gewordenen Ausnahmestände
9 haben eine Gemeinsamkeit: Sie zeigen radikale Missstände auf und zeichnen ein gestochen
10 scharfes Bild der kapitalistischen Gesellschaft in der Spätmoderne.

11 Während eine Mehrheit der jungen Menschen die bevorstehende Nebenkostenabrechnung, die
12 nächste Abbuchung der Miete oder sogar der nächste Einkauf vor Existenzfragen stellt, scheffeln
13 große Konzerne Rekordgewinne in Milliardenhöhe. Während Beschäftigte und Gewerkschaften
14 gegen einen Reallohnverlust kämpfen und sich in vielen Fällen als Verteidiger*innen des Status
15 Quo gegen eine weitere Verschlechterung der Verhältnisse wiederfinden. Während studentische
16 Beschäftigte noch immer ohne Tarifvertrag ausgebeutet werden, teils ohne jegliche
17 arbeitsrechtliche Basis, geht der Bundesfinanzminister mit der Aktienrente auf *second base* und
18 fordert der Arbeitgeberpräsident die 42-Stunden-Woche.

19 Gleichzeitig wird der Wert der Solidarität selbst in Frage gestellt. Fleißig verbreitet der nicht-ganz-
20 so-bunte Mix aus "N' Scheiß Muss ich"-Boomern, verirrten "Linken" und knallharten Neonazis
21 Narrative der russischen Propagandamaschine. Der Vorsitzende der CDU Friedrich Merz spricht
22 im Kontext von Geflüchteten von "Sozialtourismus". Da ist es kein Zufall, dass seine
23 Parteikolleg*innen in Bautzen gemeinsam mit der AfD gegen Geflüchtete hetzen und gegen die
24 Zahlung von Unterstützungsleistungen stimmen. Ebenso wenig überrascht, dass infolgedessen
25 keine innerparteilichen Konsequenzen, abseits einer Distanzierung, für die Verantwortlichen
26 drohen.

27 Unsere Antwort ist laut und entschieden: Solidarität. Wir wollen den demokratischen Sozialismus
28 und geben uns nicht mit einer halbherzigen Entlastungspolitik zufrieden. Trotz SPD und alledem
29 haben wir dieses Ziel fest im Blick.

30 "Selbstkritik ist Lebensluft" – Unser Selbstverständnis

31 Wir Jusos Leipzig sind der größte politische Jugendverband in Leipzig. Als sozialistischer,
32 feministischer und internationalistischer Verband, der sich dem Antifaschismus verpflichtet sieht,
33 ist für uns klar: When nothing goes right, go left.

34 Ausgehend von unserer Gesellschaftsanalyse, die auf Karl Marx und sozialistische sowie
35 feministische Theoretiker*innen zurückgeht, entwickeln wir Positionen zu aktuellen
36 gesellschaftlichen Themen. Unser Ziel ist es nicht, die Meinung zu vertreten, die gerade von der
37 Mehrheit der Menschen geteilt wird. Vielmehr wollen wir Menschen von unseren Grundwerten und
38 Positionen überzeugen und damit linke Mehrheiten gewinnen. Der Anspruch an Lösungen für die
39 Probleme unserer Zeit ist stets, die Machtverhältnisse zu verändern. Dabei wollen wir nicht nur
40 das Brot, sondern die ganze Bäckerei! Das heißt, gesellschaftliche Zwänge abzubauen und

41 Entscheidungsgewalt zu kollektivieren. In Zukunft wollen wir auch unsere ostdeutsche
42 Perspektive, im Sinne eines Ostbewusstseins, stärker in unsere Arbeit einfließen lassen.

43 Als größte Arbeitsgemeinschaft der Partei in Leipzig wie auch bundesweit verstehen wir uns als
44 linkes Korrektiv – als Stachel im Fleisch – der SPD. Im Sinne unserer Doppelstrategie engagieren
45 wir uns sowohl in der Partei, als auch in der Zivilgesellschaft, in Gewerkschaften sowie in
46 Bündnissen und Netzwerken. Frei nach Rosa Luxemburg – “Selbstkritik ist Lebensluft” – müssen
47 wir feststellen, dass wir unsere Ziele im Sinne der Doppelstrategie in den vergangenen Jahren
48 nicht zufriedenstellend umsetzen konnten. Wir haben zwar einen Platz am Verhandlungstisch,
49 jedoch fehlen uns zu häufig die konkreten Inhalte, für die es sich zu kämpfen lohnt. Dabei dürfen
50 die außergewöhnlichen Herausforderungen der Pandemie-geprägten Jahre für alle politischen
51 Jugendverbände nicht unerwähnt bleiben, die auch unserem Verband zugesetzt haben. So
52 bleiben folgende Fragen dennoch: Können wir als Jungsozialist*innen in Leipzig überhaupt noch
53 die Menschen erreichen, für die wir Politik machen? Sind wir Teil der linken politischen
54 Gesamtbewegung?

55 Mit Blick auf das Wahljahr 2024 müssen unsere Antworten ebenso wirksam wie bestimmt sein.
56 Wir müssen mehr junge Menschen für unseren politischen Kampf gewinnen und gemeinsam
57 starke inhaltliche Schwerpunkte setzen. Dieses Arbeitsprogramm gibt die Leitlinien vor, an denen
58 wir unsere Arbeit ausrichten werden.

59 **Unsere Handlungsschwerpunkte**

60 In Zukunft wollen wir der **Kommunalpolitik wieder eine größere Bedeutung in unserem**
61 **Verband** beimessen. Vor allem durch die Corona-Pandemie ist dieses essentielle Thema in den
62 Hintergrund geraten. Mit Blick auf die Kommunalwahl in 2024 wollen und müssen wir hier schnell
63 in ein produktives Arbeiten geraten. Einen ersten Meilenstein stellt dabei die **Wahl zum**
64 **Jugendparlament** dar. Wir freuen uns sehr über die acht Jusos, die sich um ein Mandat
65 bewerben. Während der heißen Wahlkampfphase ab Ende März wollen wir unsere
66 Kandidierenden deswegen nach besten Möglichkeiten unterstützen und ihnen zum Wahlsieg
67 verhelfen.

68 Darüber hinaus geht die Aufstellung für die Listen der Kandidierenden der SPD für den Stadtrat
69 in die heiße Phase. Unser Ziel ist klar: Wir wollen möglichst **viele Jusos im Stadtrat und in den**
70 **Stadtbezirksbeiräten sowie den Ortschaftsräten** vertreten sehen und werden diese Botschaft
71 mit jungsozialistischer Deutlichkeit an die Partei senden. Neben Personalien wollen wir aber auch
72 **unsere Inhalte im Kommunalwahlkampf der SPD in 2024 platzieren**. Dafür haben wir bereits
73 starke jungsozialistische Positionen in Anträge gegossen. Für deren Beschluss werden wir auf
74 dem nächsten Stadtparteitag kämpfen.

75 Dazu werden wir unsere Vision für Leipzig in einem **Jugendkommunalwahlprogramm**
76 niederschreiben, das die Grundlage für unser kommunalpolitisches Handeln, im Sinne der
77 Doppelstrategie, über die gesamte Legislaturperiode sein wird. Die Umsetzung wollen wir
78 ebenfalls eng mit den Juso-Kandidierenden (und später Juso-Stadträt*innen) abstimmen.
79 Stets in kritisch-solidarischem Verhältnis zur SPD, wollen wir ab dem Sommer **innovative**
80 **Wahlkampfmethoden** testen und evaluieren. Denn wir alle wissen, dass der Infostand mit 500
81 Kugelschreibern nicht unmittelbar am Puls der Zeit liegt. Insbesondere mit Blick auf die Europa-
82 und Landtagswahl, aber auch die entscheidende Phase im Kommunalwahlkampf, wollen wir
83 Jusos Leipzig hier eine Expertise aufbauen.

84 Unsere Antwort auf die ewigen Missstände des Kapitalismus ist der **demokratische Sozialismus**.
85 Dem namensgebenden Grundwert der Jusos wollen wir im kommenden Jahr eine eigene
86 **Kampagne** widmen. Das Grundgerüst soll eine Veranstaltungsreihe aus Lesekreis,
87 Diskussionsrunden und Aktionen bilden. Ziel ist es vor allem, unser theoretisches Verständnis als
88 Verband zu vertiefen und unsere Fähigkeit, Positionen zu aktuellen gesellschaftlichen Themen zu
89 entwickeln, zu stärken. Unser Anspruch ist es, allen Interessierten einen Zugang zu Theorie zu
90 ermöglichen, deswegen werden wir auch die Grundlagen des demokratischen Sozialismus in
91 geeigneten Formaten beleuchten. Die Ergebnisse wollen wir in Anträge gießen und in Form von
92 relevanten Inhalten für unsere Social-Media-Kanäle nutzen.

93 Ein immer wiederkehrender Teil unserer Arbeit ist der **Kampf gegen Rechts**. Es ist ein wichtiges
94 Zeichen, dass sich viele Jusos im antifaschistischen Kampf engagieren. Denn die Gefahr für
95 unsere Demokratie wächst. Ob Schwurbler*innen, die Hand in Hand mit Neonazis und sonstigen
96 Faschist*innen am Montag um den Ring ziehen oder rechte Bündnisse, die sich immer wieder in
97 unsere Stadt wagen. Wir sind da, wir blockieren und geben keinen Fußbreit dem Faschismus!
98 Doch rechte Ideologien und ihre Anhänger*innen werden nicht nur auf der Straße bekämpft. Daher
99 wollen wir unsere **Mitarbeit in Bündnissen und Netzwerken fortsetzen**, wie auch die
100 innerverbandliche Bildung zu rechten Strukturen und rechter Gewalt. Ein besonderes Augenmerk
101 wollen wir zudem auf die Fortführung unserer Arbeit **gegen die Kriminalisierung von**
102 **Antifaschismus** legen. Im vergangenen Jahr konnten wir bereits auf dem Stadtparteitag die
103 Forderung nach der Abschaffung der §§ 129, 129a und 129b StGB durchsetzen. Hier wollen wir
104 in diesem Arbeitsjahr anknüpfen.

105 Unser Engagement **gegen jeden Antisemitismus** gehört zum harten Kern unserer politischen
106 Arbeit. Auf verschwörungsideologischen Demonstrationen gehört Antisemitismus zum Standard-
107 Repertoire. Antisemitische Anschläge setzen antisemitische Gedanken in die Tat um. Und auch
108 im privaten Raum scheint offener Antisemitismus immer weiter vorzudringen. Die gesellschaftliche
109 Linke durchzieht ein regressiver Antikapitalismus, dessen verkürzte und personifizierte
110 Kapitalismuskritik antisemitische Ressentiments und Chiffren bedient. Diese Form der
111 Kapitalismuskritik verurteilen wir und erkennen Akteur*innen aus diesem Kontext nicht als
112 Bündnispartner*innen für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen an. In einer Zeit, in der
113 jüdisches Leben in Deutschland durch Sicherheitsmaßnahmen eingeschränkt werden muss, sollte
114 uns klar sein, dass sich Geschichte wiederholen kann und dass wir nicht zusehen dürfen, bis es
115 zu spät ist. "Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen" - dieser Ausspruch des
116 Auschwitz-Überlebenden Primo Levi ist uns eine Mahnung. Wir Jusos Leipzig stehen solidarisch
117 an der Seite der Jüdinnen und Juden in Leipzig und auf der ganzen Welt. Für uns beinhaltet das
118 eine ungebrochene Solidarität mit dem einzigen Staat, in dem Jüdinnen und Juden sicher sind vor
119 Antisemitismus – Israel. Unsere Zusammenarbeit mit dem jungen Forum der Deutsch-
120 Israelischen Gesellschaft wollen wir fortführen.

121 Es ist kein Geheimnis, dass People of Color und Menschen mit Migrationsgeschichte in Sachsen
122 einer finsternen Realität ausgesetzt sind. Täglich erfahren sie strukturellen Rassismus. Unserem
123 **antirassistischer Kampf** liegt unsere sozialistische Analyse der Gesellschaft zugrunde. Wir
124 wollen eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, frei von jeglicher Diskriminierung aufgrund der
125 Zuschreibung einer ethnischen Gruppe. Den theoretischen Unterbau unseres Kampfes gegen
126 strukturellen Rassismus wollen wir im kommenden Arbeitsjahr ausbauen und mit konkreten

127 politischen Forderungen und Handlungen verknüpfen. Dieser Antirassismus soll sich auch
128 innerhalb unseres Verbandes zeigen.

129 Ebenso wollen wir unsere **Erinnerungs- und Gedenkarbeit** fortführen.

130 Mit Blick auf die andauernden und bevorstehenden **Arbeitskämpfe in 2023** ist unser Ziel,
131 die **Beschäftigten stärker zu unterstützen** und noch lauter solidarisch zu sein. Der
132 Kampf gegen schlechte Löhne und widrige Arbeitsbedingungen ist sozialistische Praxis.
133 Eine entschiedene Bewegung aus Arbeiter*innen und Beschäftigten kann wichtige Erfolge
134 im antikapitalistischen Kampf erringen, wie etwa die Besetzung einer Fabrik durch
135 Arbeiter*innen in Italien. Wir wollen deshalb an ihrer Seite stehen und gemeinsam für eine
136 gerechte Welt kämpfen, mit weniger geben wir uns nicht zufrieden. Die Politisierung dieser
137 Kämpfe wollen wir gemeinsam mit unseren Bündnispartner*innen vorantreiben – ohne die
138 Belange der Beschäftigten zu instrumentalisieren. Auch der politische Streik muss in
139 Deutschland legitimes Mittel der demokratischen Auseinandersetzung werden.

140 **Unser Verband**

141 Ein Hauptfokus der Verbandsarbeit wird auf der Planung und Durchführung einer ambitionierten
142 **Neumitgliederkampagne** ab Ausbildungsstart 2023 liegen. In vielen großen und kleinen Aktionen
143 und Veranstaltungen wollen wir junge Menschen für unsere Werte und Themen begeistern. Die
144 Kampagne ist dabei auf mehrere Monate angelegt und soll weit in das Wintersemester 2023/24
145 hinein dauern. In der Ausgestaltung wollen wir inhaltliche Veranstaltungen und Socialising-Treffen
146 in einem guten Gleichgewicht austarieren. Begleitet werden die Treffen durch eine umfassende
147 Merch- und Social-Media-Kampagne. Unser Ziel muss es dabei immer sein, Neumitglieder für das
148 politische Handeln zu gewinnen und langfristig an unseren Verband zu binden. Die Ergebnisse
149 der Neumitgliederkampagne wollen wir zu unserem Jahresabschluss auswerten (und feiern).
150 Erfolgreich erprobte Formate können uns so ins neue Jahr folgen und unsere zukünftige
151 Neumitgliederarbeit bestimmen. Erfolgreiche Formate, wie das quartalsmäßige
152 Neumitgliederfrühstück wollen wir wieder zum festen Bestandteil unserer Arbeit machen.

153 Ein wichtiges Zentrum unserer Mitgliederbindung ist die **Regelmäßigkeit der Juso-**
154 **Veranstaltungen**. In der vergangenen Vorstandslegislatur trafen wir uns alle zwei Wochen immer
155 mittwochs. An diese Handhabung möchte der neue Vorstand anknüpfen und einen geeigneten
156 Wochentag ausmachen, um die regelmäßigen Treffen fortzusetzen.

157 Wir wollen in Zukunft wieder vermehrt auf **offene Socialising-Formate** setzen. Nach den Corona-
158 Jahren wollen wir so eine lockere Atmosphäre schaffen, um neue wie gestandene Genoss*innen
159 zusammenzubringen und für die politische Juso-Arbeit zu motivieren. Das Ziel der
160 Gemeinschaftlichkeit verfolgen wir auch mit dem **Juso-Co-Working**. Dieses Angebot möchte der
161 Stadtvorstand auch in Zukunft machen, um gemeinsam an Juso-To-Dos oder auch privaten
162 Aufgaben in offener Runde zu arbeiten. Kern des Formats ist in erster Linie das Schaffen
163 gemeinsamer Erfolgserlebnisse, die uns zeigen: Gemeinsam geht mehr! Gemeinsam können wir
164 vieles schneller und einfacher erreichen!

165 Wir Jusos Leipzig verfolgen einen strikten emanzipatorischen und feministischen Anspruch. Die
166 **Frauenvernetzung** für interessierte Genossinnen als Ort der Vernetzung und des Empowerments

167 wollen wir deshalb fortführen. Der Stadtvorstand wird diese, je nach Wunsch, in vollem Maße
168 unterstützen. Unser Anspruch muss es dennoch sein, uns als Verband in eine Richtung zu
169 entwickeln, die die Notwendigkeit emanzipatorischer Korrektive reduziert. Um dem gerecht zu
170 werden, wollen wir unsere **feministische Bildungsarbeit** für den gesamten Verband im
171 kommenden Jahr fortsetzen.

172 Darüber hinaus werden wir unsere **Awarenessarbeit stärken**. Erstmals haben wir gewählte
173 Awarenessbeauftragte, die das Awareness-Konzept umsetzen. Awareness ist jedoch kein
174 Thema, das in den Aufgabenbereich einzelner Personen fällt. Es ist die Aufgabe aller Mitglieder
175 unseres Verbandes, ein angenehmes und sicheres Klima für alle zu schaffen. Deswegen werden
176 wir die Praxis eines Awareness-Teams, das auf jeder größeren Veranstaltung vor Ort ist,
177 fortsetzen.

178 Das **Verbandswochenende** in Torgau im vergangenen Herbst ist auf eine breite positive
179 Resonanz gestoßen. Aus diesem Grund wollen wir dieses Format im Herbst 2023 erneut
180 umsetzen. Wie im letzten Jahr möchten wir die vier Workshop-Einheiten thematisch anhand
181 unserer Grundwerte ausrichten und so ausgestalten, dass sie für Neumitglieder und erfahrene
182 Genoss*innen gleichermaßen gewinnbringend sind. Der Stadtvorstand wird diskutieren, ob wir
183 das Verbandswochenende gemeinsam mit einem ländlichen Unterbezirk, zum Zwecke einer
184 intensiven Vernetzung und Stärkung der Zusammenarbeit, ausrichten.

185 Ferner wollen wir unsere Öffentlichkeitsarbeit stärken. Dabei sehen wir vor allem eine personelle
186 **Stärkung des Social-Media-Teams** geboten. In der Vergangenheit hing insbesondere die
187 Erstellung von Sharepics an Einzelnen. Durch last-minute Anfragen entstand so ein Stressfaktor
188 für diese Personen, der durch eine ordentliche Planung vermieden werden kann. Deswegen wird
189 der Stadtvorstand ein neues Social-Media-Team gründen und es bei der Ausarbeitung eines
190 umsetzbaren Prozesses unterstützen. Darüber hinaus wollen wir unsere **Pressearbeit**
191 **verbessern**.

192 **Herz an Herz – Unsere Bündnispartner*innen**

193 Als größte Arbeitsgemeinschaft und **linkes Korrektiv der Stadtpartei** stehen wir im kritisch-
194 solidarischen Verhältnis zur SPD. Diese besondere Stellung werden wir nutzen, um mit den **SPD-**
195 **Abgeordneten und -Stadträt*innen** in einen regelmäßigen Austausch zu treten. Dadurch soll
196 die Arbeit der Abgeordneten und Stadträt*innen für uns nachvollziehbarer werden. Zugleich
197 werden wir diese Termine nutzen, um unsere Anliegen bei den Mandatsträger:innen deutlich zu
198 machen. Vor den Treffen legen wir Kernthemen fest, über die wir sprechen möchten. Dieser
199 Austausch soll für uns Jusos auch eine Gelegenheit sein, unsere Abgeordneten besser
200 kennenzulernen.

201 Unser Engagement in verschiedensten **Bündnissen** und **Netzwerken** führen wir fort und stärken
202 sie weiter. Zum Aktionsnetzwerk "**Leipzig nimmt Platz**" sowie dem Bündnis zum **Christopher**
203 **Street Day** tragen wir unseren Teil bei. Wir rufen zu Demonstrationen auf, wenn diese uns
204 inhaltlich nahestehen.

205 Die enge Zusammenarbeit mit der **Juso-Hochschulgruppe (JHG)** setzen wir fort. Mit den **Juso-**
206 **Schüler*innen und -Azubis (JSAG)** wollen wir das engere Arbeitsverhältnis verstetigen. Die

207 Einbeziehung von Vertreter*innen von JHG und JSAG ebenso wie gemeinsame Veranstaltungen,
208 abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit und vieles mehr sind eine Bereicherung für unsere politische
209 Arbeit. Wir sind froh, dass die JHG und JSAG vor Ort so aktiv sind und unterstützen sie
210 fortwährend, nach Möglichkeit.

211 Auch mit dem **Landesvorstand** der Jusos Sachsen arbeiten wir eng zusammen und tragen so
212 zur inhaltlichen und strukturellen Weiterentwicklung des Gesamtverbands bei. Dazu laden wir
213 regelmäßig die Landesvorsitzenden zu unseren Veranstaltungen ein und nutzen unsere
214 Verbindungen in den Landesvorstand. Des Weiteren nutzen wir die Veranstaltungen des
215 Landesvorstands zum **Austausch mit anderen sächsischen Juso-Gliederungen**. Besonders
216 mit den anliegenden Juso-Unterbezirken (Nordsachsen und Landkreis Leipzig) streben wir einen
217 engen Austausch und gegenseitige Unterstützung, z. B. im Wahlkampf, bei Demos oder vor
218 Landesdelegiertenkonferenzen an.

219 Im Sinne einer **Ost-West-Vernetzung** wollen wir den Kontakt zu einem westdeutschen
220 Unterbezirk suchen und geeignete Austauschformate finden.

221 Als linke Parteilugenden sind uns die **Linksjugend Leipzig Süd** und die **Grüne Jugend Leipzig**
222 enge Bündnispartner*innen, mit denen wir die gute Zusammenarbeit aus der Vergangenheit im
223 kommenden Jahr fortsetzen wollen. Gleiches gilt für die **Gewerkschaftsjugenden**.

224 Trotz SPD und all der widrigen Umstände lassen wir uns zu keinem Zynismus verleiten, sondern
225 wollen im kommenden Jahr, auf Grundlage dieses Arbeitsprogramms, jungsozialistische Politik
226 machen.

1 **Titel: Awarenesskonzept der Jusos Leipzig**



6
7 „Die Jusos Leipzig stellen sich entschieden gegen jede Form der Diskriminierung. Insbesondere
8 haben strukturelle Sexismen, Rassismen und Queerfeindlichkeit noch immer einen Platz in der
9 Partei und auch in unserem Jugendverband.

10 Wir zählen es zu unserem Selbstverständnis, unser Verhalten und unsere Strukturen
11 kontinuierlich zu reflektieren und eine angenehme Debattenkultur zu ermöglichen. Gleichzeitig
12 müssen wir uns dem Problem bewusst sein, dass linke Jugendverbände nicht zwangsläufig ein
13 diskriminierungsfreier Raum sind.

14 Somit sehen wir es als notwendig ein Awarenesskonzept auszuarbeiten und
15 Awarenessbeauftragte zu ernennen. Awareness versucht das Bewusstsein für Ungleichheiten zu
16 schärfen und diskriminierungsfreie Räume zu schaffen. Das Konzept soll Rahmenbedingungen
17 setzen, welche wir in einem politischen Diskurs als notwendige Standards sehen. Darüber hinaus
18 sollen die beauftragten Personen Ansprechpartner*innen sein, welche Schutz und Hilfestellung
19 bieten können.

20 In unserem Konzept definieren wir daher welche Aufgaben die Awarenessbeauftragten
21 übernehmen werden und wie eine anonyme und leichte Absprache ermöglicht werden kann. Alle
22 Interessierten sollen die Möglichkeit bekommen, auf die Arbeit als Awarenessbeauftragte
23 vorbereitet zu werden, an der Etablierung mitzuarbeiten und ihre Anregungen und Ideen direkt
24 miteinzubringen. Die Mitarbeit an diesem Konzept soll verbandsoffen und transparent passieren.“

25 **1. Aufgaben**

26 Awarenessarbeit in Leipzig beschäftigt sich im Allgemeinen mit jeglicher Form von
27 Diskriminierung. Betroffenen soll Hilfestellung und Unterstützung angeboten werden. Durch
28 Sensibilisierung soll versucht werden, Diskriminierungen in unseren Strukturen abzubauen und
29 neuen Regelungen, welche die Ungleichheiten verschärfen, entgegenzuwirken.

30 **a) Ansprechbar sein:**

31 Die Awarenessbeauftragten sind Ansprechpartner*innen. Bei allen Formen von Konflikten bieten
32 die beauftragten Personen einen Raum um Verhaltensweisen aufzudecken und mögliche Hilfe zu
33 bieten. Das bezieht sich vordergründig auf Diskriminierungen, allerdings können
34 Awarenessbeauftragte auch bei größeren Meinungsverschiedenheiten und persönlichen
35 Konflikten neutrale Hilfe von außen leisten.

36 **b) Kontakt zum Vorstand:**

37 Eine weitere wichtige Aufgabe ist der Kontakt zum Stadtvorstand. So können die
38 Awarenessbeauftragten den Einsatz eines Awarenessteams, bestehend aus vertrauenswürdigen

39 Personen im Verband, bei Stadtveranstaltungen vorausschauend planen und Absprachen treffen.
40 Auch soll der Stadtvorstand informiert werden, sobald die Awarenessbeauftragten an einem Fall
41 arbeiten. In Kooperation mit dem Stadtvorstand werden Diskriminierungen in den Strukturen
42 abgebaut.

43 Die Awarenessbeauftragten sollen die Möglichkeit bekommen, je nach Schwere oder Häufigkeit
44 des diskriminierenden und verletzenden Verhaltens, gemeinsam mit dem Stadtvorstand weitere
45 Schritte gegen den*die Täter*in einzuleiten.

46 **c) *Transparenz:***

47 Um ein funktionierendes Awarenesskonzept zu ermöglichen ist es wichtig, dass die Arbeit der
48 Personen transparent ist. Es muss für jede*n ersichtlich sein, wer die Awarenessbeauftragten sind
49 und welche Aufgaben sie haben. Deshalb sollen die Zuständigkeiten, Regeln und Arbeitsweise
50 klar vermerkt sein.

51 Darüber hinaus ist es essenziell, dass die Arbeit der Awarenessbeauftragten respektiert und
52 umgesetzt wird. Andernfalls lassen sich diskriminierende Strukturen in unserem Verband nicht
53 abbauen.

54 **d) *Präventionsarbeit:***

55 Um Diskriminierung vorzubeugen, sollen die Awarenessbeauftragten mindestens halbjährlich
56 Bildungsveranstaltungen organisieren.

57 Ziel dieser Veranstaltungen soll eine Sensibilisierung und Aufklärung sein. Vielen ist nicht
58 bewusst, wo Diskriminierungen anfängt und wie am besten reagiert werden sollte. Hierbei geht es
59 zum einen um die Situation wenn man Zeug*in oder Opfer von Diskriminierung wird, und zum
60 anderen auch um eigene Verhaltensweisen. Diese gilt es kontinuierlich zu reflektieren um nicht
61 im Gegensatz zu unseren linken Idealen zu stehen. Die Awarenessbeauftragten sollen durch
62 Seminare bei diesem Prozess mitwirken.

63 Durch die Einbindung haben die Awarenessbeauftragten die Möglichkeit, die Genoss*innen zu
64 informieren, auf sich hinzuweisen und als Ansprechpartner*in vor Ort nahbarer zu sein. Zur
65 Informations – und Präventionsarbeit werden ebenso Medien wie Facebook, E-Mails und
66 Telefonkonferenzen genutzt, um auf Missstände hinzuweisen und aufzuklären.

67 **2. Regeln zur Behandlung von Konflikten**

68 1. Die im Konflikt vermittelnde Person der Awarenessbeauftragten darf selbst nicht von den
69 Streitigkeiten betroffen sein.

70 2. Die Konflikte und Anliegen der Betroffenen sind ohne das persönliche Einverständnis der
71 Betroffenen weiterhin geheim zu halten.

72 3. Die Awarenessbeauftragten sind daran gehalten, angemessen zu reagieren und vorsichtig mit
73 Kritik umzugehen.

- 74 4. In Konfliktsituationen sollen Lösungen primär durch Gespräche gesucht werden.
- 75 5. Behandlung von Konflikten zwischen den Awarenessbeauftragten haben höchste Priorität.
- 76 6. Die Awarenessbeauftragten haben dem Vorstand gegenüber ein Vetorecht, bei Belangen die
77 Diskriminierung im Verband betreffen. Dabei ist das Veto dem Vorstand zu melden. Dieser kann
78 darüber beraten und das Veto mit einer einfachen Mehrheit annehmen oder ablehnen. Über die
79 konkrete und inhaltliche Ausgestaltung des Vetorechts wird der Vorstand im Laufe der Legislatur
80 beraten und entsprechende Konzepte entwickeln.
- 81 7. Um Konflikte zu klären, haben die Awarenessbeauftragten die Möglichkeit Sitzungen
82 anzusetzen und den Vorstand und betroffene Parteien einzuladen.

83 **3. Treffen und Weiterbildung**

- 84 1. Die Awarenessbeauftragten sind untereinander gut vernetzt.
- 85 2. Mindestens einmal im Jahr sind die Awarenessbeauftragten angehalten an einer Fort- und/oder
86 Weiterbildung teilzunehmen.
- 87 3. Die Awarenessbeauftragten sollten sich 1x im Monat treffen.

1 **Titel: Gib mir (mehr als) ein kleines bisschen Sicherheit**

2

3

4

5

6

7

8 Leipzig ist eine Metropole in the making. Wachstumsschmerzen sind diesem Prozess inhärent.
9 Insbesondere im Bereich Sicherheit hat die Stadt Leipzig inzwischen einen hohen
10 Nachholbedarf. Alle Bürger:innen haben ein Recht darauf, die Freiräume und Möglichkeiten zu
11 haben, Leipzig wohl besonnen erleben zu können.

12 Sicherheit bedeutet für uns in erster Linie ein Umfeld zu haben, in dem eskalative Maßnahmen
13 durch Ordnungsamt oder gar Polizei nur dann erforderlich sind, wenn Gefahr in Verzug ist.

14 Um dieses Umfeld zu ermöglichen, fordern wir:

15 **Ein neues Beleuchtungskonzept für Fuß- u. Radwege**

16 Ein sicherer Heimweg in den Abendstunden geht uns alle an. Beleuchtung spielt dabei für das
17 subjektive Sicherheitsempfinden, insbesondere von Frauen, eine große Rolle. Wenn
18 vermeintliche Gefahren frühzeitig erkannt und als harmlos eingeordnet werden können, fördern
19 wir ein sicheres Miteinander.

20 Leipzigs Rad- und Fußwege sowie Parkanlagen sind jedoch häufig schlecht beleuchtet. Unser
21 Ziel muss es sein, durch ein neues Beleuchtungskonzept Sicherheit auch nachts zu schaffen.

22 Gleichzeitig stellen Lichtsmog und Energiekosten mit Blick auf deren direkte und indirekte
23 Belastung für Umwelt und Klima reale Hürden in der Umsetzung eines umfassenden
24 Beleuchtungskonzeptes dar. Dem kann zum einen durch spezielle Leuchtmittel entgegengewirkt
25 werden, zum anderen fordern wir die Umstellung auf Bedarfsbeleuchtung, die durch
26 Bewegungsmelder aktiviert wird. Ein Beispiel für die Umsetzung einer solchen
27 Bedarfsbeleuchtung kann die Stadt Fulda sein. Dabei darf diese Umstellung niemals zulasten des
28 Sicherheitsempfindens der Stadtbewohner*innen sein.

29 Auch sollen ÖPNV-Haltestellen durch den derzeitigen Betreiber besser ausgeleuchtet werden,
30 statt weiter Greenwashing mit seinen Werbeanlagen zu betreiben.

31 **Kommunal statt Privatinvestor**

32 Nicht erst seit Putins Angriffskrieg auf die souveräne Ukraine rückt die Thematik der kritischen
33 Infrastruktur wieder in das alltägliche Bewusstsein. Unter kritischer Infrastruktur (KRITIS)
34 verstehen wir, Organisationen oder Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das
35 Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende
36 Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere
37 dramatische Folgen eintreten würden. Für die kommunale Ebene sind dies im Besonderen die
38 öffentliche Gesundheitsfürsorge durch kommunale Kliniken, Strom-, Wasser- und

39 Wärmeversorgung sowie die Gasversorgung. Wir fordern die SPD-Ratsfraktion daher auf,
40 mittelfristig dafür Sorge zu tragen, diese Einrichtungen in der öffentlichen Hand zu halten.

41 Ferner zählen wir Wohnraum zur kritischen Infrastruktur. Niemand soll auf der Straße leben
42 müssen. Wohnraum ist für alle da, eine Förderung von kommunalen Genossenschaften sowie
43 Wohnungsbaugesellschaften, um den Bedarf an bezahlbaren Wohnraum in Leipzig für
44 Menschen mit kleinen Einkommen, Studierende und Azubis muss kommunal sichergestellt
45 werden. Dabei ist auf eine gute Durchmischung der Viertel zu achten.

46 **Ein Dach für alle**

47 Leipzig führt bereits ein, erfolgreich durch die SPD-Stadtratsfraktion initiiertes, Modellprojekt zu
48 *Housing First* durch. Ein sicheres Zuhause ist die Basis für ein eigenständiges Leben. Das ist der
49 Kerngedanke von *Housing first*, einem Ansatz zur langfristigen Bekämpfung von Obdachlosigkeit.
50 Betroffene werden unbefristet in Wohnungen untergebracht und werden dabei durch geschultes
51 Personal betreut. Deshalb möchten wir das Konzept des Housing First stärker fördern und streben
52 eine Verzahnung mit dem Programm Betreutes Wohnen an. Wir sehen das Housing First Konzept
53 im Bereich der sozialen Sicherheitspolitik, damit Menschen ohne festen Wohnsitz einen sicheren
54 Rückzugsort für sich in Anspruch nehmen können, immer wieder kommt es zu tödlichen Angriffen
55 auf Obdachlose Menschen.

56 **Awarenesstrukturen nicht nur auf Juso Partys**

57 Innerhalb unseres Verbandes haben sich die Awarenessstrukturen bewährt, auch die SPD Leipzig
58 übernimmt immer mehr Konzepte, damit Diskriminierung entschieden entgegengetreten werden
59 kann. Dabei ist klar, weder unser Verband noch die Partei oder die Stadt sind frei von
60 Diskriminierung. Wir wollen jedoch das Konzept von Awarenessstrukturen mehr in die
61 Zivilgesellschaft bringen. Insbesondere Leipzigs Nachtkultur liefert bereits gute Ansätze wie im IFZ
62 oder elipamanoke. Diese sollen künftig kommunal stärker gefordert und besonders für größere
63 Veranstaltungen in der Stadt forciert werden. Hierzu zählen im Besonderen der Weihnachtsmarkt
64 als auch Großveranstaltungen im Sportbereich. Wir fordern daher, dass die Stadt Leipzig von
65 Veranstalter:innen von Großveranstaltungen ein Awarenesskonzept einfordert zur Genehmigung
66 der Veranstaltung. Auch sollen die Konzepte durch unabhängige Stellen geprüft werden.

67 **Sicher parken**

68 Wir erkennen an, dass sich die Stadt Leipzig bemüht mehr qualifiziertes Personal im
69 Ordnungsamt anzustellen. Besonders im Bereich der Parkraumüberwachung, damit wildes
70 Parken keine Gefährdung für Fußgänger:innen und Radfahrende darstellt. Gleichwohl muss hier
71 die Stadt noch mehr unternehmen. Abschleppen von falsch geparkten Fahrzeugen sollte die
72 Regel und nicht die Ausnahme sein. Die Stadt muss die ihr gegebenen Möglichkeiten stärker
73 nutzen. Daher fordern wir die Stadt auf, die App weg.li in ihr System zur Erfassung von
74 Verkehrssünder:innen zu integrieren. Besonders das Zuparken der ohnehin wenig hilfreichen
75 „Schutzstreifen“ für Fahrradfahrende muss stärker geahndet werden.

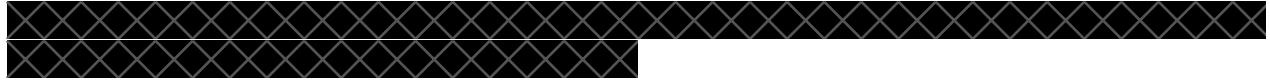
76 **Gutes Ordnungsamt statt schlechte Hilfssheriffs**

77 Wir haben ein Ordnungsamt, welches sich als Polizeibehörde kennzeichnet und so den Eindruck
78 erweckt, hoheitliche Polizeibefugnisse ausüben zu können. Wir fordern daher von der Stadt
79 Leipzig die konsequente Entfernung des Schriftzuges „Polizeibehörde“ auf den Fahrzeugen und
80 Uniformen des Ordnungsamtes. Ferner, gibt es unserer Ansicht nach keinen Grund
81 Mitarbeiter:innen des Ordnungsamtes mit Teasern, Tonfas, Pfefferspray oder ähnlichen
82 Gefahrgut für die Allgemeinheit auszustatten. Gleichwohl, sollen die Mitarbeiter:innen eine gute
83 und sichere Ausrüstung bekommen. Dies ist möglich, ohne dass OA-Mitarbeiter:innen wie ein
84 Trupp Stormtrooper daherkommen.

85 Stattdessen fordern wir die Stadt auf, ihr Personal beim Ordnungsamt besser einzugruppieren
86 und zu qualifizieren. Gerade bei der zum Ordnungsamt gehörenden Versammlungsbehörde
87 muss festgestellt werden, dass die Mitarbeiter:innen zum Großteil unzureichend geschult sind
88 und oftmals Verständnisschwierigkeiten von dem haben, was sie bescheiden oder auch auf der
89 Straße ad hoc entscheiden. Hier muss es eine unabhängige Beschwerdestelle geben, welche
90 möglichen Missverhalten von OA-Mitarbeitenden nachgehen kann. Wir sind uns bewusst, dass
91 die Mitarbeiter:innen nicht immer einen einfachen Job ausüben. Auch ist die Notwendigkeit
92 eines Ordnungsamtes unumstritten. Es stellt unserer Ansicht nach jedoch die
93 niedrigschwelligste Ordnungs- und Sicherheitsbehörde im Land dar. Diese Niedrigschwelligkeit
94 muss sich auch nach außen für die Bürger:innen widerspiegeln.

1 **Titel: ACAB und mehr – für eine gesunde und ausgewogene Ernährung an**
2 **Schulen**

3
4
5
6
7
8



9 Während von Schülern in Deutschland immer bessere Leistungen verlangt werden, ist die
10 Verpflegung in den Schulen eher mittelmäßig. Zu wenig Gemüse, viel zu viel Fleisch, vor allem
11 rotes und somit ungesundes Fleisch und zu wenig Bio, es mangelt also an Vielfalt. SchülerInnen
12 müssen bis zu 8 Stunden am Tag in Schulen verbringen, eine gesunde Ernährung ist deshalb
13 umso wichtiger. Sie soll im Lernprozess berücksichtigt werden und die Schüler auch in Sachen
14 Ernährung etwas in ihrem Leben mitbringen, was sie in der Schule lernen, das ist derzeit nicht
15 vorhanden. Die Gesellschaft für Ernährung (DGE) empfiehlt für Schulessen zum Beispiel täglich
16 Getreide, in Form von Vollkornprodukten oder Kartoffeln sowie täglich Gemüse. Mindestens
17 einmal wöchentlich sollte es Seefisch und maximal zweimal pro Woche Fleisch oder Wurst geben.
18 Nach Daten der größten deutschen Jugendgesundheitsstudie ist mehr als jedes siebte Kind in
19 Deutschland übergewichtig oder sogar fettleibig. Die Zahl hat sich im Vergleich zu vor zehn Jahren
20 auf hohem Niveau stabilisiert, wie das Robert Koch-Institut im Frühjahr berichtete. Wir fordern
21 deshalb:

22 **ACAB (Apfel, Citrus, Ananas und Banane)**

23 Vitamin C ist das A und O im Leben eines Menschen. Es trägt zu einer normalen Funktion des
24 Immunsystems während und nach intensiver körperlicher Betätigung bei, es hat Auswirkungen
25 auf eine normale Psyche, verbessert die Haut nachträglich durch Bildung von Kollagen, es schützt
26 die Zellen vor Stress und trägt zur Verringerung von Müdigkeit und Ermüdung bei. Doch wo finden
27 wir Vitamin C am häufigsten? Richtig, Obst und Gemüse. Zusammen mit anderen Vitaminen,
28 Mineralstoffen und sekundären Pflanzenstoffen sorgt das Vitamin zum Beispiel auch für gesundes
29 Zahnfleisch, gute Wundheilung, Fitness und gute Laune. Am Tag sollte man 5 Portionen Obst und
30 Gemüse verzehren, eine Portion entspricht ungefähr 100 Gramm. Wir fordern deshalb: Eine
31 tägliche und kostenlose Bereitstellung von Obst in unseren Schulen.

32 **Makrobewusste Ernährung**

33 Wir fordern eine gesunde und ausgewogene Ernährung an unseren Schulen. Das derzeitige
34 Schulessen hat mit einem Makrobewusstsein wenig zu tun. Makros sind die Werte, die sich aus
35 Kohlenhydraten, Fetten und Proteinen zusammensetzen und den Energiehaushalt des Körpers
36 regulieren. D.h. mehr Vollkorn, mehr pflanzliche Proteine und mehr ungesättigte Fette im
37 Schulessen etablieren.

38 **Kostenloses Schulessen**

39 Das Schulessen können sich viele Familien nicht leisten. Wir fordern ein kostenloses Schulessen,
40 räumen aber eine gewisse Zeit zur Überbrückung ein, um zu prüfen, wie die Stadt das finanzieren

41 kann. Bis dahin fordern wir einen Maximalbetrag von 3€ je Essen in den Kantinen. Das
42 Schulessen soll subventioniert werden und überschüssige Beträge soll der Freistaat übernehmen.

43 **Infomaterial aushängen**

44 Infomaterialien über gesunde Ernährung sollen überall an Schulen ausgehängt werden. Eine
45 Aufklärung über eine bewusste Ernährung soll im Unterrichtsplan etabliert werden und die
46 Schulen zu einer Zusammenarbeit mit den Gesundheitskassen bewogen werden.

47 **Vegetarische und Vegane Ernährung unterstützen und stärken**

48 SchülerInnen sollen die Möglichkeit haben, jeden Tag ein vegetarisches und veganes Angebot in
49 der Kantine vorzufinden. Es soll kein Zwang zum Konsum von fleischhaltigen Gerichten bestehen,
50 eine Benachteiligung anderer Ernährungskonzepte wird damit vermieden.

1 Titel: Für eine Ausweitung des Angebots öffentlicher Kitaplätze!

2

3

4

5

6 Die SPD Leipzig und ihre Stadtratsfraktion sollen sich dafür einsetzen, öffentliche Kitaplätze für
7 jedes Kind in der Stadt Leipzig anzubieten. Dazu muss es zu einer deutlichen Ausweitung des
8 Angebots von Kita-Plätzen in Kindertagesstätten in öffentlicher Trägerschaft kommen. Aktuell
9 befinden sich 75% aller Kitaplätze in Leipzig in freier oder privater Trägerschaft, was sich merklich
10 vom Bundesdurchschnitt mit etwa 67 % in freier oder privater Trägerschaft abhebt.
11 Dementsprechend entstehen für Familien höhere Kosten in Kindertagesstätten in privater
12 Trägerschaft, für die Betreuung ihrer Kinder. Dies kann man gut aus dem hier bestehenden
13 Beispiel entnehmen: ein Kitaplatz in einer Kindertagesstätte in öffentlicher Trägerschaft in Leipzig
14 kostet bei einer Betreuungszeit von 40 Stunden pro Woche für eine Familie 115,66 Euro, für eine
15 Alleinerziehende Person 104,10 Euro. Bei dem hier gewählten Beispiel eines freien Trägers "Villa
16 Kindertraum" mit der Kindertagesstätte in Leipzig-Lindenau liegt man bei einer Öffnungszeit von
17 11 Stunden täglich bei monatlichen Kosten von 690 Euro für ein Kind ab 3 Jahren ohne dabei eine
18 dringend notwendige Differenzierung für Alleinerziehende vorzunehmen. Diese enorme
19 Diskrepanz zeigt auf, wie wichtig eine gute öffentliche Bereitstellung von öffentlichen Kitaplätzen
20 für die Leipziger Familien ist. Dazu kommt, dass bei der Kita-Platzvergabe das Jugendamt der
21 Stadt Leipzig lediglich Plätze von öffentlichen Kindertagesstätten vergeben kann. Dies führt im
22 Umkehrschluss dazu, dass Familien aufgrund geringer zeitlicher Kapazitäten durch berufliche und
23 alltägliche Belastungen es schwer haben, einen adäquaten Kitaplatz für ihr Kind zu finden. Dies
24 führt zu einer weiteren Förderung von Ungerechtigkeiten und schafft Hürden, wo keine bestehen
25 dürfen.

26 Mit dem Ausbau von Kindertagesstätten verbunden ist eine Herabsenkung der rechtlichen Hürden
27 zum Bau von selbigen in öffentlicher Trägerschaft, um ein bedarfsgerechtes Angebot zu
28 gewährleisten gehört zudem dazu, dass diese dann neu gebauten Kindertagesstätten barrierefrei
29 und inklusiv gestaltet und eingerichtet sind. Unter einer inklusiven Gestaltung der
30 Kindertagesstätten ist hier insbesondere zu verstehen, dass Kindern mehr
31 Entscheidungsmöglichkeiten eingeräumt werden, beispielsweise beim Thema Mittagsschlaf oder
32 auch hinsichtlich der Entscheidung, wie die Kinder ihre Mittagsmahlzeit gestalten wollen. Dadurch
33 steigt die Beteiligung der Kinder hinsichtlich der Tagesgestaltung und es kommt langfristig auch
34 zur Förderung der Selbstständigkeit.

35 Auch mit Hinblick auf Kinder mit Migrationshintergrund müssen Kindertagesstätten nachlegen,
36 gerade in der aktuellen Situation mit ukrainischen Kindern in Kindertagesstätten, müssen nicht
37 nur hinsichtlich körperlicher und geistiger Einschränkung nötige Anpassungen vorgenommen
38 werden, sondern auch Anpassungen bezüglich des sprachlichen Verständnisses und der
39 pädagogischen Betreuung der Kinder. Auch anzudenken ist eine angemessene Aufarbeitung der
40 Traumata von Kindern mit Fluchthintergrund.

- 41 Langfristig sollte das Ziel sein, die Familie als Ganzes zu betrachten und neben dem Ausbau des
42 Platzangebots in Kindertagesstätten in öffentlicher Trägerschaft auch den Aufbau und Ausbau
43 von Kinder- und Familienzentren (KiFaZ) zu fördern und damit das "klassische" Modell der
44 Kindertagesstätten in Leipzig abzulösen.

1 Titel: Für eine Stadt der Zukunft!



8 Zur Jahresmitte 2021 lebten weltweit geschätzt 4,5 der insgesamt 7,9 Milliarden Menschen in
9 Städten. Das entsprach zum damaligen Zeitpunkt 57% der Weltbevölkerung. Es ist davon
10 auszugehen, dass dieser Anteil in den kommenden Jahren weiter steigen wird und im Jahr 2030
11 dann bei etwa 60% ankommen wird. Des Weiteren ist zu beachten, dass durch
12 Agglomerationseffekte Städte für Unternehmen im Regelfall für die Standortwahl attraktiver
13 ausfallen als ländliche Regionen, wodurch 75% der globalen Wirtschaftsleistung innerhalb von
14 Städten erbracht wird. Damit einhergehend entstehen aber auch 75% des globalen CO2-
15 Ausstoßes innerhalb von Städten und 60 bis 80% des globalen Energieverbrauchs kommen hier
16 zustande. Anhand dieser Zahlen lässt sich gut erklären, welche Herausforderungen hinsichtlich
17 einer guten Stadtentwicklungsplanung bestehen und in Zukunft auftreten werden für Leipzig.
18 Hierzu bedarf es zukünftig einer Stadtentwicklungsplanung, bei der die Stadt als zentrale
19 Handlungsebene ganzheitlich betrachtet wird und der Mensch sowie seine Umwelt im Fokus
20 stehen.

21 Diese hier vorliegenden Tatsachen führen zu dem Leitbild einer Integrierten
22 Stadtentwicklungspolitik, bei der auf der einen Seite lokale Besonderheiten Leipzigs und das
23 Subsidiaritätsprinzip berücksichtigt werden und auf der anderen Seite die unterschiedlichen
24 Interessengruppen und die allgemeine Öffentlichkeit die Möglichkeit bekommen mitzuwirken.
25 Hierdurch erhalten alle Stakeholder*innen die gleichen Möglichkeiten, an der Stadtentwicklung
26 aktiv mitzuwirken und zu partizipieren. Hier ist für uns als Jusos auch die feministische
27 Stadtplanung ein essentieller Bestandteil, da es insgesamt so ist, dass Frauen beispielsweise
28 häufiger den ÖPNV nutzen oder zu Fuß gehen als Männer und in der Folge noch abhängiger sind
29 von einer Stadtentwicklungspolitik die sie und ihre Anliegen im Fokus hat. Schlussendlich bedeutet
30 für uns eine integrierte Stadtentwicklungspolitik aber auch, dass es bei der Planung zu einer
31 gleichberechtigten Partnerschaft zwischen Land und Kommune kommt und hier ein aktiver
32 Austausch hinsichtlich zukünftiger Entwicklungen und Projekte entsteht.

33 Leipzig als Stadt, die alle willkommen heißt.

34 Leipzig ist zu einer beliebten Stadt für Studierende geworden, die für viele Menschen Lebens- und
35 Arbeitsmittelpunkt geworden ist. Zudem ist sie durch ihre geschichtliche und kulturelle Bedeutung
36 über Ländergrenzen hinweg ein Tourismusmagnet. Ihre gewachsene Stadtstruktur mit ihren
37 Sehenswürdigkeiten ist identitätsstiftend. Für Alteingesessene, Zugezogene und Besucher*innen
38 soll unsere Stadt auch in 20 Jahren noch attraktiv sein, deshalb fordern wir:

- 39 • Erhalt des baukulturellen Erbes mit Rücksicht auf moderne Anforderungen
- 40 • Instandsetzung und Ausbau von Flächen mit hohem baukulturellem Niveau mit
41 Bezugnahme auf das Stadtbild
- 42 • ein nachhaltiges Tourismuskonzept

- 43 • Erweiterung und Instandhaltung städtischer Grünflächen und Parks
44 • einen Erhalt des baukulturellen Erbes mit Rücksicht auf moderne Anforderungen

45 Wohnen ist ein Grundrecht, daraus verbietet sich jede profitorientierte Spekulation am Markt.
46 Leipzig soll nicht nur für die Besserverdienenden und Wohneigentümer*innen lebenswert sein.
47 Eine kompakte Siedlungsstruktur ist zielführend. Die Zersiedlung des städtischen Umlandes führt
48 zu einem erhöhten Flächenverbrauch und Emissionen, sie erschwert die Anbindung an das
49 städtische Verkehrsnetz und verstärkt die gesellschaftliche Segregation. Eine soziale
50 Durchmischung fördert den Abbau von Vorurteilen und ist für eine lebendige Zivilgesellschaft
51 unumgänglich, deshalb fordern wir:

- 52 • Wohneigentum in städtischer oder genossenschaftlicher Hand
53 • Mischnutzung und die 15-Minuten-Stadt als Leitbild
54 • Vorkaufsrecht der Stadt bei zum Verkauf stehenden Gebäuden und Brachflächen
55 • einen Erhalt des baukulturellen Erbes mit Rücksicht auf moderne Anforderungen
56 • Anpassung der Bebauungspläne: Mehrfamilien,- statt Einfamilienhäuser
57 • Renovierung des Gebäudebestandes gemäß höherer Energieeffizienzrichtlinien statt
58 Luxussanierungen
59 • Wasserversorgung, Abwasserreinigung, und Gesundheitseinrichtungen und andere
60 Versorgungsnetze in genossenschaftlicher oder städtischer Hand
61 • eGovernment für eine Digitalisierung von Behördengängen

62 Wohnungslose gehören bis heute zu unserem Stadtbild dazu, ein Unding in einer vermeintlichen
63 Wohlstandsgesellschaft wie Deutschland. Der misstrauischen und oft feindschaftlichen Haltung
64 gegenüber Wohnungslosen muss ein Ende gesetzt werden, deshalb fordern wir:

- 65 • mehr zeitlich flexible Unterkunftsangebote ohne weitere Aufnahmebedingungen nach
66 dem Modell "Housing first"
67 • Ausbau des 2021 gestarteten Projekts "Eigene Wohnung" durch die Stadt Leipzig
68 • Abbau von defensiver Architektur im Stadtbild

69 **Die Stadt gehört den Menschen nicht dem Auto.**

70 Die Rückgewinnung des öffentlichen Raumes vom Pkw ist eine der wichtigsten Maßnahmen zum
71 Erhalt Leipzigs als lebenswerte Stadt. Dazu bedarf es der Erhöhung der Attraktivität des ÖPNVs,
72 deshalb fordern wir:

- 73 • barrierefreie öffentliche Verkehrsmittel
74 • 365€-Ticket für das Leipziger Stadtgebiet und Umland
75 • häufigere Taktung der Nachtbusse (aller 30min) und an Freitagen/Samstagen
76 durchgehender Betrieb der Straßenbahnen nach Dresdner Vorbild auch in die späten
77 Abendstunden hinein
78 • bessere Anbindung der Randgebiete

79 Als weitere Alternative zum Auto dient das Fahrrad, Leipzig ist schon auf einem guten Weg, ist
80 aber noch ausbaufähig. Als Beispiel soll hier die Fahrradspur auf der Zeppelinbrücke im Westen
81 Leipzig genannt werden, die an die Stelle einer zweiten Autospur tritt. Durch eine nicht

82 vorhandene Abgrenzung zu den schnell fahrenden Autos ist Fahrradfahren hier immer noch sehr
83 stress-, und risikoreich. Um dem entgegenzuwirken fordern wir:

- 84 • Ausbau von geschützten Radfahrstreifen an allen Stellen, an denen dies baulich
85 möglich ist
- 86 • überwachte Fahrradgarage am Hbf
- 87 • gesicherte und überdachte Anschlussmöglichkeiten an den S-Bahnhaltestellen und
88 anderen wichtigen Verkehrsknotenpunkten

89 Kurze Wege sollen auch zu Fuß sicher und unproblematisch möglich sein. Man schlendert viel
90 lieber durch die autofreie Innenstadt als an einem lauten und dicht befahrenen Innenstadtring
91 entlang. Davon profitieren nicht nur die Anwohner*innen, sondern auch angrenzende
92 Geschäfte. Zusätzlich kommt es in der Folge zu einem vermehrten Aufeinandertreffen
93 unterschiedlicher Lebensrealitäten, was zur Förderung einer lebendigen Stadtgesellschaft
94 beiträgt. Deshalb, fordern wir:

- 95 • Ausweitung der innerstädtischen Fußgängerzone als Leitbild auf andere Stadtteile
- 96 • 30er-Zonen in der gesamten Stadt
- 97 • gut ausgebaute und ausgeleuchtete Bürgersteige auch in den Randgebieten
- 98 • Verringerung des ruhenden Verkehrs durch eine Tiefgaragenpflicht bei Neubauten und
99 Parkerlaubnisse nur für Anwohner

100 Da, wo Autos unvermeidbar sind, sollten Ladestationen u.a. entsprechende Infrastruktur
101 geschaffen werden, die Elektromobilität zum Standard macht, diese kann jedoch ein gut
102 ausgebautes Verkehrsnetz nur unterstützen, nie ersetzen.

103 **Wasser als kostbare Ressource in Zeiten des Klimawandels.**

104 Neben Dürreperioden nehmen auch Starkregenereignisse immer mehr zu, für ein Leipzig, das
105 den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist, ist es deshalb notwendig, anfallendes
106 Regenwasser lokal aufzunehmen und zu speichern. So wird nicht nur bei höheren Niederschlägen
107 eine Überlastung der Kanalisation und daraus resultierende Überschwemmungen vorgebeugt,
108 sondern auch Reserven für weniger regenreiche Sommer angelegt. Unter dem Schlagwort
109 Schwammstadt entsteht am Eutritzscher Entladebahnhof bereits ein erstes Stadtquartier nach
110 diesem Modell. Der nachhaltige Umgang mit Wasser soll jedoch auf die ganze Stadt Leipzig
111 ausgeweitet werden, deshalb fordern wir:

- 112 • Anlegung von Versickerungsmulden zur Grundwasserneubildung/Mulden-Rigolen und
113 Zisternen zur Wasserspeicherung
- 114 • Entsiegelung von Flächen und Verwendung von versickerungsfähigen Bodenbelägen
- 115 • entsprechende Begrünung von Dächern und Straßen

116 Leipzig wächst immer weiter, ist sogar bereits seit einigen Jahren die am schnellsten wachsende
117 Großstadt Deutschlands. Ende 2022 betrug die Bevölkerungszahl bereits über 624.000
118 Einwohner*innen. Diese Zahl wird in den kommenden Jahren weiter steigen, so gibt es bereits
119 Prognosen für die Einwohnerentwicklung, welche in den oberen Szenarien von mehr als 650.000
120 Einwohner*innen im Jahr 2030 ausgehen und für das Jahr 2038 dann sogar schon von mehr als

121 700.000 Einwohner*innen.Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, braucht es ein
122 entsprechendes Handeln von Seiten der Stadt.

123 Die oben aufgeführten Forderungen und Zielsetzungen halten wir daher für essentiell, um Leipzig
124 für die Zukunft zu rüsten und noch lebenswerter zu machen.Die Klimakrise, steigende
125 Lebenshaltungskosten, eine zunehmende Ungleichheit innerhalb der Bevölkerung und ein immer
126 schneller werdender Alltag, machen das Leben für viele Menschen anstrengender und
127 belastender.Deshalb brauchen sie eine Stadt, die auf genau diese Probleme und
128 Herausforderungen die richtigen Antworten findet. Eine Stadt, die auf die Bedürfnisse der
129 Menschen eingeht und dabei stets offen für neue Ideen,Konzepte und Menschen ist und die
130 Nachhaltigkeit dabei nicht aus den Augen verliert. Aber auch eine Stadt, welche dazu beiträgt,
131 dass die Menschen, die sie mit Leben erfüllen, sich gegenseitig unterstützen und einander zur
132 Seite stehen. Dies ist, wofür wir eintreten und von dem wir glauben, dass es ist, was Leipzig
133 braucht.

134 Für ein offenes, solidarisches und nachhaltiges Leipzig!

1 Titel: Eine klimagerechte Stadtgesellschaft funktioniert nicht ohne Umverteilung

2
3 

4
5 
6 

7
8 Die Frage der Umverteilung gewinnt in der heutigen Zeit zunehmend an Bedeutung. Eine gerechte
9 Verteilung von Ressourcen und Wohlstand ist nicht nur aus ethischen Gründen geboten, sondern
10 auch ein zentraler Bestandteil einer nachhaltigen und grünen Stadtgesellschaft. In Leipzig und
11 Umgebung gibt es hierbei besonders großen Handlungsbedarf, da sich viele klimaschädliche
12 Konzerne in unserer Region angesiedelt haben. Unternehmen wie DHL, Amazon, BMW und
13 Porsche tragen maßgeblich zur CO₂-Belastung bei und gefährden damit nicht nur unsere Umwelt,
14 sondern auch die Gesundheit der Menschen in der Region.

15 Eine sozial-ökologische Transformation der Stadt erfordert erhebliche Veränderungen in
16 verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, einschließlich wirtschaftlicher, politischer und sozialer
17 Strukturen. Um diesem Wandel gerecht zu werden, bedarf es eines Gegenkonzepts zu den derzeit
18 dominierenden wirtschaftlichen und sozialen Strukturen, die Ungleichheit, Ausbeutung und
19 ökologische Zerstörung aufrechterhalten.

20 Es ist unsere Überzeugung, dass Unternehmen eine gesellschaftliche Verantwortung tragen und
21 dazu beitragen müssen, unsere Natur zu bewahren. Daher sollten auch Unternehmen in Leipzig
22 und Umgebung dazu angehalten werden, sich für den Schutz unserer Umwelt zu engagieren und
23 in die Natur zu investieren. Nur so können wir eine nachhaltige Stadtgesellschaft für die Zukunft
24 aufbauen und gleichzeitig die Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger verbessern.

25 Es ist wichtig, dass Gewinne und Entscheidungsmacht über die Ausrichtung der Konzerne nicht
26 ausschließlich in den Händen von wenigen Führungskräften liegen, sondern in die Hände der
27 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Stadtgesellschaft übertragen werden. Eine
28 Demokratisierung der Wirtschaftsstrukturen ist unabdingbar für eine nachhaltige und gerechte
29 Zukunft. Wir müssen uns als Gesellschaft bewusst machen, dass wir gemeinsam die
30 Verantwortung für eine lebenswerte Zukunft tragen und daher auch gemeinsam handeln müssen.
31 Nur so können wir eine Stadtgesellschaft schaffen, in der soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz
32 gleichermaßen verankert sind.

33 Einnahmen und Verwendung einer kommunalen CO₂-Steuer

34 Die sozial-ökologische Transformation der Stadtgesellschaft in Leipzig erfordert eine Beteiligung
35 der Unternehmen, die bisher ohne gerechte Bepreisung der Treibhausgasemissionen am meisten
36 von der kapitalistischen Wirtschaftsweise profitiert haben. Insbesondere in Leipzig sind dies
37 Unternehmen wie DHL, Betreiber des großen Logistikhubs am Flughafen Leipzig/Halle, Amazon
38 mit entsprechendem Betrieb am Flughafen sowie die Automobilhersteller Porsche und BMW.
39 Diese Unternehmen tragen eine bedeutende Verantwortung für Leipzig, ihre Arbeitnehmer und
40 die Stadtgesellschaft insgesamt. Deshalb fordern wir die **Einführung einer kommunalen CO₂-**
41 **Abgabe, die sich an den verursachten Treibhausgasemissionen der Leipziger**

42 **Niederlassungen der betroffenen Firmen orientiert.** Die dadurch erzielten Einnahmen sollen
43 für die notwendigen Transformationsschritte hin zu einer klimaneutralen und gerechten
44 Stadtgesellschaft genutzt werden.

45 Die Einnahmen der CO₂-Abgabe sollen für verschiedene Projekte eingesetzt werden. Da Strom
46 einen bedeutenden Anteil an den von uns verursachten Treibhausgasemissionen ausmacht,
47 fordern wir die **gezielte Subventionierung der Stadtwerke, um den Ausbau von 100%**
48 **klimaneutralen Strom zu ermöglichen und zu fördern.** Hierbei sollte darauf geachtet werden,
49 dass die Stadtwerke und andere Stromdienstleister die nachhaltige Stromerzeugung in der
50 Region vorantreiben, um sicherzustellen, dass 100% des klimaneutralen Stroms auch tatsächlich
51 in der Umgebung von Leipzig erzeugt wird und nicht nur über den Kauf von Herkunftsnachweisen
52 auf dem überregionalen Markt verkauft wird.

53 Als Teil unserer Forderungen zur Schaffung einer grüneren Stadtgesellschaft in Leipzig ist es uns
54 wichtig, dass nicht nur der Ausbau von klimaneutralem Strom gefördert wird, sondern auch dessen
55 Gewinne der Gemeinschaft zugutekommen. Deshalb fordern wir, dass diese **Einnahmen**
56 **transparent und demokratisch durch Bürger*innenräte für sozial-ökologische Projekte**
57 **verteilt werden.** Dies trägt dazu bei, dass die lokale Nachhaltigkeit gestärkt und die
58 Stadtgemeinschaft aktiv in den Prozess der Energiewende einbezogen wird.

59 Wir sind der Ansicht, dass die Bürger*innenräte in der Lage sein sollten, ein jährliches Budget für
60 Nachhaltigkeitsprojekte in Leipzig zu planen und zu verwalten. Dabei können sie sich auf die
61 Bedürfnisse und Wünsche der lokalen Gemeinschaft konzentrieren und diese in ihre
62 Entscheidungen einbeziehen. So können Projekte entwickelt werden, die den Bedürfnissen der
63 Menschen in Leipzig entsprechen und gleichzeitig die Stadt auf dem Weg zu einer nachhaltigen
64 Zukunft unterstützen.

65 Wir glauben, dass diese Maßnahme dazu beitragen wird, den gesellschaftlichen Rückhalt für den
66 Ausbau alternativer Energieformen zu stärken und den Enthusiasmus für eine nachhaltige
67 Gestaltung der Stadt zu erhöhen. Es ist uns wichtig, dass die Menschen in Leipzig sich aktiv an
68 diesem Prozess beteiligen können und die Möglichkeit haben, ihre Stimme und ihr Engagement
69 für eine grüne und nachhaltige Zukunft zu nutzen.

70 Da die direkte Nachbarschaft auch einen großen Einfluss auf die Lebensqualität und Gesundheit
71 der Menschen in Leipzig hat, fordern wir zudem eine **ideelle und finanzielle Unterstützung von**
72 **Stadtteilinitiativen, die sich für eine nachhaltige Transformation ihrer direkten**
73 **Wohnumgebung einsetzen.** Durch das ehrenamtliche Engagement dieser Initiativen können
74 nicht nur grünere Stadtumgebungen geschaffen werden, sondern es kommt auch zu einer
75 Sensibilisierung und steigendem Enthusiasmus in der Stadtgesellschaft für nachhaltige Themen.
76 Weiterhin können über diese Initiativen Jobs zur Verfügung gestellt werden, die eine hohe
77 Arbeitsqualität und einen gerechten Lohn aufweisen, das führt einerseits zu einem attraktiven
78 Alternativangebot für die nachhaltige Transformation der Nachbarschaft statt eventueller
79 umweltzerstörender Jobs und erhöht andererseits den Druck auf die lokalen Arbeitgeber massiv,
80 da diese sich an der Qualität und der Bezahlung der Initiativen orientieren müssen, um
81 Arbeitnehmer*innen behalten zu können.

82 Verpflichtung und Kommunalisierung örtlicher Firmen

83 Die Förderung des Ausbaus von klimaneutralen Strom und die Erhaltung der Artenvielfalt und
84 Biodiversität sind entscheidende Schritte hin zu einer grünen Stadtgesellschaft. Leipzig hat bisher
85 damit punkten können, dass pro Einwohner*in eine große Grünfläche zur Verfügung steht. Leider
86 verschwinden jedes Jahr durch Neubauten rund 10.000 m² Grünfläche in Leipzig. Diesem
87 Negativtrend muss die Stadt entgegentreten, indem sie **Flächen entsiegelt und somit wieder**
88 **Grünflächen schafft.**

89 Es ist auch wichtig, dass die großen Mietkonzerne in Leipzig für ihre bisherige unökologische
90 Wirtschaftsweise eine Verantwortung übernehmen, weshalb wir fordern, dass **Mietkonzerne zum**
91 **Anbringen von Photovoltaik-Anlagen auf allen Dächern ihrer Gebäude verpflichtet werden,**
92 um einen Beitrag zur Verringerung des Strombedarfs leisten. Darüber hinaus sollten die
93 Bewohnerinnen der entsprechenden Miethäuser den durch die PV-Anlagen gewonnenen Strom
94 kostenfrei nutzen können. Sollte das Anbringen von PV-Anlagen auf den Dächern der Gebäude
95 nicht möglich sein, müssen die Konzerne den Bewohner*innen eine Pauschale zur Verringerung
96 der Stromkosten entrichten, die sich an den Stromeinsparungen für ähnliche Gebäude mit einer
97 PV-Anlage orientiert. Es ist auch wichtig, dass die Dächer dieser Gebäude bepflanzt und durch
98 die Mietkonzerne gepflegt werden. Dabei sollten heimische Gewächse angepflanzt werden und
99 die Dächer insekten- und vogelfreundlich gestaltet werden, um die örtliche Artenvielfalt und
100 Biodiversität zu fördern. Auf diese Weise können die großen Mietkonzerne in Leipzig nicht nur zur
101 Verringerung des Strombedarfs beitragen, sondern auch zum Erhalt der natürlichen Vielfalt und
102 Schönheit der Stadt beitragen.

103 Eine einfache Verpflichtung der Mietkonzerne zu diesen Maßnahmen reicht allerdings nicht aus.
104 Um auch eine Verantwortung für zukünftige Pläne und Projekte in die Hände der Menschen zu
105 geben, die in den Mietshäusern wohnen oder für die Konzerne arbeiten, fordern wir die
106 **Kommunalisierung der lokalen Mietkonzerne.** Dazu wird jährlich ein Anteil der Kapitalanteile
107 an Fonds übertragen, die durch von den Arbeitnehmer*innen und Bewohner*innen gewählte
108 Vorstände verwaltet werden. Durch diese Beteiligung am Unternehmen kann sichergestellt
109 werden, dass auf den Hauptversammlungen Einfluss auf die Ausrichtung des Konzerns
110 genommen werden kann und eine entsprechende Verbesserung der Lebensbedingungen und
111 dem Voranbringen von nachhaltigem Bauen gefordert werden kann.

112 Auch das Leipziger Umland spielt eine wichtige Rolle für die Biodiversität und Stadtökologie. Es
113 ist ein wichtiger Erholungsort für alle Einwohnerinnen Leipzigs. Daher tragen insbesondere die
114 örtlichen Firmen eine große Verantwortung, gezielt in Naturgebiete rund um Leipzig zu investieren
115 und diese zu erhalten bzw. gegebenenfalls ihre Standhaftigkeit wiederherzustellen. Insbesondere
116 das Leipziger Auland benötigt einen großen Investitionsaufwand, um den Verfall der Region
117 aufzuhalten. Es darf nicht sein, dass diese Gebiete aufgrund fehlender finanzieller Mittel von Stadt
118 und Land nicht gerettet werden können, obwohl sich Biodiversitätsforscherinnen und die
119 Stadtgesellschaft engagieren. Wir fordern daher, dass die **lokalen Unternehmen, die auch von**
120 **diesen Naturgebieten profitieren, verpflichtet werden, in örtliche Naturgebiete zu**
121 **investieren.** Dies ist nicht nur wichtig für die Erhaltung der Natur und Artenvielfalt, sondern auch
122 für die Lebensqualität der Menschen in Leipzig.

123 **PKW-freie Innenstadt - autofreier Ring jetzt!**

124 Neben der Energie stellt auch die Mobilität einen wichtigen Punkt in der sozial-ökologischen
125 Transformation der Stadt dar. Fahrzeuge mit Verbrennermotor verursachen einen großen Anteil
126 an den Treibhausgasemissionen und tragen zur Verschlechterung der Gesundheit der Menschen
127 in Leipzig bei. Durch ein **Verbot von Kraftfahrzeugen in der Innenstadt** kann neben diesen
128 Punkten auch die Menge an Unfällen im Straßenverkehr in Leipzig drastisch gesenkt werden. Auf
129 dem Weg zur autofreien Innenstadt muss umgehend daran gearbeitet werden, den
130 **Innenstadtring für Kraftfahrzeuge zu verbieten**. Initiativen wie die Sperrung des Rings im Zuge
131 der Europäischen Mobilitätswoche haben gezeigt, welche großen Vorteile dieses Verbots für die
132 meisten Verkehrsteilnehmer*innen hat. Mit diesem Verbot muss auch der Umbau der
133 entsprechenden Straßen einhergehen, um mehr Platz für Fahrradfahrende und Fußgänger*innen
134 zu ermöglichen und lediglich eine Spur für Einsatzfahrzeuge und genug Platz für den öffentlichen
135 Personennahverkehr zu überlassen.

136 Neben dem Fokus auf eine autofreie Innenstadt, fordern wir auch **den gezielten Bau von**
137 **Velorouten bzw. Fahrradschnellwegen**, um einen schnellen Verkehr zwischen den
138 Randgebieten Leipzigs und seinem Zentrum zu ermöglichen. Für diese Schnellwege können
139 bereits bestehende Straßen für den Autoverkehr gesperrt werden, um mit möglichst wenig
140 Aufwand bereits Fahrradschnellwege zur Verfügung zu stellen. Diese sollten durch einen weiteren
141 Ausbau weiterer Strecken ergänzt werden.

1 **Titel: Dezentrale Unterbringung von geflüchteten Menschen konsequent**
2 **durchsetzen**

3
4
5
6
7
8

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

9 Die Stadt Leipzig hat sich dazu verpflichtet, geflüchtete Menschen, nach dem dezentralen
10 Unterbringungskonzept, zu beherbergen. Dies hat viele Vorteile; besseren Anschluss an die
11 Gesellschaft und somit eine besser gelingende Integration, weniger Gefahren für die geflüchteten
12 Menschen und ein kleineres Risiko, durch die prekäre Situation in kriminelle Machenschaften
13 verwickelt zu werden.

14 Doch nun wird in Stötteritz eine Flüchtlingsunterkunft für 330 Menschen gebaut. Die Saxonia
15 Catering GmbH & Co. KG soll in Stötteritz eine Zelt- und Container Unterkunft errichten, welche
16 ab März bezogen werden kann.

17 330 Menschen auf engstem Raum, in Zelten und Containern untergebracht und von
18 Sicherheitsleuten umgeben, das ist nicht, wie wir uns menschenwürdiges Ankommen in einem
19 neuen Land vorstellen und zeugt von einem Menschen und Geflüchteten Bild, welches wir als
20 Jusos nicht hinnehmen werden!

21 Deshalb fordern wir,

- 22
- 23 ● die konsequente Durchsetzung des dezentralen Unterbringung Konzepts in Leipzig
 - 24 ● damit einhergehend die Förderung und Unterstützung von integrativen Wohnprojekten, bei
25 welchen in Wohnkomplexen zirka 1/3 der Bewohnenden Asylsuchende Menschen sind,
26 welche anstatt Ghettoisierung die Möglichkeit bekommen sich in der Stadt einzubringen
 - 27 ● ebenso die Betrachtung der derzeitigen Leerstandssituation und die Evaluierung von
28 Konzepten wie beispielsweise dem „Hamburgischen Wohnraumschutzgesetz“, welches es
29 der Stadt erlaubt, zumindest Zeitweise, ungenutzten Leerraum für die Nutzung als
30 Notunterkünfte bereit zu stellen.
 - 31 ● einrichtung zugänglicher Begegnungsräume, in welchen die Bewohner*innen des Viertels
32 und die geflüchteten Menschen einander begegnen können, um Spannungen und Ängste
abzubauen.

1 Titel: Jungsozialistische Mobilitätswende in Leipzig



8 Ob mit dem Fahrrad zur Schule oder mit dem Bus zum Ausbildungsbetrieb, ob mit der S-Bahn
9 zum ifz oder mit dem Auto zur Juso-Vollversammlung. Mobilität ist ein essentieller Bestandteil
10 eines selbstbestimmten Lebens junger Menschen in Leipzig. Denn die Stadt gehört allen. Doch
11 leider werden die gegenwärtigen Zustände diesem Anspruch nicht gerecht. Etwa schreitet der
12 Ausbau von Fahrradinfrastruktur trotz großem zivilgesellschaftlichen Engagement zu langsam
13 voran. Dabei lassen aber vor allem die bestehenden Fahrradwege zu wünschen übrig. Viele sind
14 zu schmal oder haben keine ausreichende Abgrenzung von der Autospur und Ampelschaltungen
15 verlängern die eigentliche Fahrzeit von zehn auf zwanzig Minuten oder leiten ein ohne jeglich Sinn
16 über die komplette Kreuzung.

17 Den zugrunde liegenden Konflikt und die Frage: "Wer bekommt wie viel Platz im öffentlichen
18 Raum?", müssen wir auch innerhalb der SPD kontroverser diskutieren. Dass der motorisierte
19 Individualverkehr nicht zuletzt aus Klimaschutz- und aus Platzgründen in seiner Ausbreitung
20 reduziert werden muss, steht außer Frage. Dennoch sind insbesondere die äußeren Stadtteile auf
21 den motorisierten Individualverkehr angewiesen. Im Transformationsprozess in Richtung
22 nachhaltige Mobilität in Leipzig dürfen diese Menschen nicht vergessen werden.

23 Auch beim Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sehen wir großen Nachholbedarf. Die
24 Führung fast aller Straßenbahnlinien über den Hauptbahnhof lähmt die Attraktivität für schnelle
25 und lange Wege, da andere einen Verkehrsmittel wesentlich schneller ans Ziel bringen. Ein gut
26 ausgebauter und belastbarer ÖPNV ist der Grundstein einer nachhaltigen Mobilität der Zukunft.

27 Im Folgenden führen wir eine Auswahl konkreter, jungsozialistischer Forderungen für eine
28 nachhaltige Mobilitätswende in Leipzig auf.

29 **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)**

30 Unser Anspruch als Jusos ist und bleibt ein kostenfreier, ticketloser ÖPNV, der die Menschen
31 schnell und sicher an ihr Ziel bringt. Mobilität ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und darf
32 keine soziale Frage sein. Deswegen kommt eine Finanzierung durch Solidarabgabe in Frage. So
33 sollen alle Leipziger*innen, die dazu finanziell in der Lage sind, eine Abgabe leisten, die den
34 ÖPNV solidarische rückfinanziert. Diese Abgabe ist durch eine Staffelung nach dem Einkommen
35 auszugestalten.

36 Das vergangene Jahr hat gezeigt: Das 9€ Ticket war ein voller Erfolg! Nicht nur hatte die
37 deutschlandweite Nutzung des ÖPNV erhebliche Vorteile für viele Menschen, sondern war auch
38 eine kostengünstigere Alternative zum Auto. An diese gilt es anzuschließen. Das ist selbst dem
39 Bundesverkehrsminister von der FDP bewusst. Die Lösung des 49€-Tickets ist jedoch weder
40 sozialverträglich, noch führt diese zu einer größeren Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel. Der
41 ÖPNV hat ein enormes Potenzial für die Reduktion unserer CO2-Emissionen und
42 Feinstaubbelastung durch den Autoverkehr. Das haben die drei Sommermonate des letzten

43 Jahres gezeigt. Ein 49€ Ticket können sich viele Menschen schlichtweg nicht leisten. Ferner
44 bleiben Gruppen wie Studierende, die über ein Semesterticket verfügen, von dem Angebot
45 ausgeschlossen. Das macht nachhaltige Mobilität zu einem sozioökonomischen Privileg. Als
46 Jungsozialist*innen lehnen wir dies strikt ab.

47 Als Übergangslösung zu einem kostenfreien, ticketlosen ÖPNV fordern wir deshalb ein Ticket in
48 Höhe von 29€ im Monat. Die weitere Anwendbarkeit des Sozialtickets im Rahmen des „Leipzig
49 Pass“ muss dabei zwingend sichergestellt sein.

50 Abseits der Ticketfrage wollen wir eine Neustrukturierung der Straßenbahnlinien erreichen. Die
51 Zentralisierung über den Hauptbahnhof soll reduziert und angrenzende Stadtteile abseits des
52 Zentrums zunächst durch Busse, später durch neue Straßenbahnlinien verbunden werden. Als
53 Beispiel hierfür können die Linie 60 oder die 74 dienen.

54 Außerdem fordern wir Einführung einer Messe-Express-Straßenbahnlinie, die vom Hauptbahnhof
55 zum neuen Messegelände entlang der Strecke der Linie 16 fährt, allerdings ohne Zwischenhalte.
56 So wäre die Strecke in unter 15 Minuten zu bewältigen und böte eine attraktive Alternative zur S-
57 Bahn, insbesondere durch eine höher frequentierte Taktung.

58 Wir begrüßen die Vergrößerung der Elektrobus-Flotte der Leipziger Verkehrsbetriebe und fordern,
59 diese Entwicklung fortzuführen. Festes Ziel muss die vollkommene Elektrifizierung der Flotte sein.

60 Wir fordern, Parkplätze für Autos von Pendler*innen am Stadtrand zu erschließen und
61 auszubauen, frei nach dem Park-And-Ride-Konzept sollen die Menschen dann mit dem ÖPNV in
62 die Stadt hineinfahren. Gleichzeitig müssen Parkflächen in der Stadt umfunktioniert werden.

63 Die großen, bereits laufenden Umstellungsprozesse im ÖPNV dürfen niemals auf Kosten der
64 Beschäftigten gehen. Das umfasst mehr als den Reallohn am Monatsende. Eine nachhaltige
65 ökologische Transformation ist nur gemeinsam mit den Beschäftigten möglich. Wir solidarisch
66 stehen an ihrer Seite und fordern bessere Arbeitsbedingungen und bessere Entlohnung!

67 **Fahrradwege, Fußwege und Fahrradstellplätze ausbauen**

68 Eine für Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen gut ausgebaute Infrastruktur ist essentiell für
69 ihre Sicherheit. Insbesondere in Zeiten der automobilen Vormacht ist daher ein fundamentales
70 Umdenken nötig. Wir fordern ein Ende der Machtstellung des Automobils im Stadtbild. Das
71 bedeutet für uns keineswegs, den motorisierten Individualverkehr vollständig aus der Stadt zu
72 verdrängen. Doch seine Ausbreitung muss stark reduziert und in unverzichtbaren Bereichen
73 elektrisiert werden. Eine Abkehr von ewig langen Reihen an parkenden Autos innerhalb der
74 Leipziger Wohngebiete muss möglich sein. Potenziale für eine Reduktion sehen wir unter
75 anderem durch den konsequenten Ausbau von Car-Sharing-Angeboten, der einen eigenen PKW
76 überflüssig macht. Car-Sharing als praktische Ergänzung für Menschen, die sonst eh mit dem
77 eigenen Auto fahren, ist hingegen kontraproduktiv und muss unbedingt vermieden werden.

78 Unsere grundlegende Forderung lautet immer: Wir wollen mehr attraktive und sichere Rad- und
79 Fußwege. Gerade Fahrradfahrer*innen werden ständig benachteiligt mit Blick auf fehlende oder
80 nicht ausreichend ausgebaute Radwege. Bei der Planung von neuen Radwegen soll sich in
81 Zukunft stärker an erprobten Konzepten aus den Niederlanden orientiert werden. Das heißt
82 Fahrradfahrer*innen verdienen mehr als eine schmale Spur neben dem Autoverkehr. Auf

83 vielbefahrenen Strecken wollen wir eine priorisierte Ampelschaltung durchsetzen, die lästiges
84 Stop-And-Go auf Kosten der eigenen Kräfte im Radverkehr verhindern. Und Fahrradstellplätze
85 sollen ausgebaut und, wo geboten, Autostellplätze im Innenstadtbereich umfunktioniert werden.

86 Wir begrüßen es, dass Nextbike sich als Bike-Sharing-Anbieter in der Stadt etabliert hat und über
87 die Leipzig Move App bedient werden kann. Wir fordern, diese Angebote auszubauen und der
88 steigenden Kosten für ihre Benutzung entgegenzuwirken.

89 **Vollkommene Barrierefreiheit im öffentlichen Raum**

90 Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen werden in unserem Stadtbild systematisch
91 ausgegrenzt, sei es durch fehlende Leitsysteme auf Bahnsteigen, fehlende Fahrstühle oder zu
92 hohe Bordsteine. Wir fordern von der Stadtverwaltung einen Plan, wie die vollständige
93 Barrierefreiheit in Leipzig in den kommenden Jahren erreicht werden kann.

94 Die Parksysteme von E-Scootern und Bike-Sharing-Anbietern müssen evaluiert und angepasst
95 werden, damit sie in Zukunft keine unvorhergesehenen und mitunter unüberwindbaren
96 Hindernisse für Menschen mit Behinderung darstellen.

1 Titel: Wohnungspolitik statt Wohnungspolitik

2

3

4

5

6

7 Leipzig ist europaweit die Stadt mit der höchsten Mieter*innenquote. Konkret zahlen 86 % aller
8 Leipziger*innen monatlich Miete, um ihr Zuhause nutzen zu dürfen. Leipzig ist also eine fast reine
9 Mieter*innenstadt wir wohnungspolitisch die Interessen der Mieter*innen zu vertreten, wenn wir
10 unserem Anspruch an sozialistische oder sogar nur sozialdemokratische Politik gerecht werden
11 wollen. Leipzig ist aber nicht nur eine Stadt der Mieter*innen, sondern auch des Zuzugs. Keine
12 andere Stadt in Deutschland ist in den vergangenen 10 Jahren so stark gewachsen wie Leipzig.
13 Wir begrüßen jede zugezogene Person mit offenen Armen, stellen aber gleichzeitig fest, dass das
14 anhaltende Wachstum auch zu Wachstumsschmerzen führt. Denn mit dem Wachstum ist auch
15 das Überangebot an Wohnungen verschwunden, in dessen Zuge in den 00er-Jahren über 15.000
16 Wohnungen ohne gravierende Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt abgerissen worden sind.

17 Der Leipziger Wohnungsmarkt ist wieder angespannt. So stiegen die leipzigweiten
18 durchschnittlichen Angebotsmieten pro Quadratmeter zwischen 2012 und 2021 um über 50%.
19 Diese Mieten unterscheiden sich teilweise stark zwischen den unterschiedlichen Leipziger
20 Stadtteilen. Während im Zentrum aber auch in Stadtteilen wie Connewitz Mietpreise von 10 – 12
21 € pro Quadratmeter veranschlagt werden können, sinken die Preise in periphereren Vierteln
22 teilweise stark. Ein Ende des Preisanstiegs ist nicht abzusehen. Das alles führt dazu, dass sich
23 viele Menschen mit niedrigen Einkommen ihre Stadtteile nicht mehr leisten können und Angst
24 davor haben müssen bei der nächsten Mieterhöhung an den Stadtrand oder ins Umland
25 ausweichen zu müssen. Mit Blick auf die Entwicklungen in anderen deutschen Städten, in denen
26 der kontinuierliche Mietanstieg zu massiven sozialen Verwerfungen führt, ist es höchste Zeit in
27 den Leipziger Wohnungsmarkt einzugreifen. Ziel muss es sein dauerhafte Lösungen einzuführen,
28 die sicherstellen, dass niemand sein Viertel verlassen muss, weil es nicht mehr bezahlbar ist.

29 Dafür ist es notwendig einen Schritt zurückzumachen und die grundsätzlichen Probleme des
30 Wohnens in der kapitalistischen Gesellschaft zu betrachten. Zuerst einmal ist eine Wohnung eine
31 Ware, die auf der einen Seite am Markt gehandelt wird und die auf der anderen Seite von den
32 Mieter*innen (oder ihrer Wohnung wohnenden Eigentümer*innen) als Zuhause genutzt wird. Sie
33 stellt damit den Lebensmittelpunkt dar, in dem Freund*innen empfangen werden, Care Arbeit
34 verrichtet, Hobbys nachgegangen, geschlafen oder die eigene Arbeitskraft reproduziert wird. Die
35 Wohnung ist Ausgangspunkt für diverse Beschäftigungen in der Umgebung – von der Lohnarbeit
36 über das Studieren an einer Hochschule, den kurzen Abstecher zum Späti bis zum Kinobesuch –
37 und steht somit in einem für die Bewohner bedeutsamen Verhältnis zur städtischen Umgebung,
38 die jeder einzelne Einwohner einer Stadt mitprägt. Doch um die Wohnung nutzen zu können,
39 muss sie entweder käuflich erworben oder gemietet werden.

40 Der Mietpreis, der dabei zu zahlen ist setzt sich zusammen aus den Kosten, die durch Planung,
41 Genehmigung und Erbauung des Gebäudes entstanden sind, aus den Kosten die für den
42 Unterhalt und die Erhaltung des Gebäudes, die zu erwartenden Ausfälle durch Leerstand oder

43 Zahlungsunfähigkeit der Mieter*innen, aus der sogenannten Grundrente und schließlich dem
44 aktuellen Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage. Während die Makrotrends auf dem
45 Leipziger Wohnungsmarkt in den vergangenen Jahrzehnten vor allem durch einen
46 Angebotsüberschuss bestimmt waren und das Ende dieser Zeit zu einer spürbaren Anspannung
47 der Lage auf dem Wohnungsmarkt führt, lassen sich die Disparitäten zwischen den Leipziger
48 Stadtteilen beispielsweise durch unterschiedliche Grundrenten erklären. Zusammengefasst
49 entsteht der Mietpreis aus Bau- und Unterhaltskosten, Grundrente und dem Verhältnis zwischen
50 Angebot und Nachfrage.

51 Die Grundrente nimmt dabei unter all diesen Kosten eine Sonderrolle ein. Sie ist der direkte Ertrag,
52 den die Eigentümer*in eines Stückchen Erdballs aus der Nutzung dieses Stückchens gewinnen
53 kann, unabhängig davon, wer diesen Grund und Boden nutzt. Denn der spezifische Standortvorteil
54 den ein Grundstück hat, kann nicht von denen kapitalisiert werden, die ihn bewirtschaften, sondern
55 nur von denen die es besitzen. Die Differenz, die sich aus dem Standortvorteil in Relation zu
56 anderen Grundstücken ergibt, wird durch die Eigentümer*in eingestrichen. In Städten bedeutet
57 das beispielsweise, dass Grundstücke in gut gelegenen Stadtteilen eine höhere Grundrente
58 einstreichen können als in schlechteren Stadtteilen. Dieser Effekt ist oftmals die Grundlage von
59 Spekulationsgewinnen, die mit unbebauten oder anderweitig zu entwickelnden Grundstücken
60 erzielt werden können. Denn ist erstmal ein Gebäude errichtet wird die erzielbare Grundrente
61 durch den aktuellen Gebäudebestand und den rechtlichen Mieter*innenschutz limitiert. Steigen
62 nun in der Umgebung die erzielbaren Mieten, beispielweise durch eine Aufwertung des Viertels,
63 entsteht eine Lücke zwischen den tatsächlich erzielten Mietzinsen und den potentiell erzielbaren
64 Mietzinsen. Wird diese Lücke groß genug, ist es im höchsten Interesse der Eigentümer*in des
65 Grundstücks durch Sanierung, Verdrängung oder Neubau die Lücke zu schließen und so die
66 Zinsen zu erzielen, die den potentiell realisierbaren Zinsen entsprechen. Dieser Prozess ist die
67 Grundlage der Gentrifizierung.

68 Wir fordern einen langfristig für Mieter*innen, insbesondere die mit niedrigem Einkommen,
69 günstigen Markt in Leipzig abzusichern. Dafür muss gewährleistet werden, dass Neubau,
70 Sanierung, Verwaltung und Unterhalt zu möglichst geringen Kosten möglich ist und dass die
71 Eigentumslogik im Wohnungsmarkt zurückgedrängt wird. Um die Verdrängung von Mieter*innen
72 zu Verhindern muss außerdem verhindert werden, dass Eigentümer*innen Menschen aus ihrem
73 Zuhause verdrängen können. Kurz wir fordern die Abkehr von der Wohnungsmarktpolitik hin zu
74 einer Wohnungspolitik, deren Ziel die Garantie des Menschenrechts auf Wohnen ist.

75 **Neubau & Sanierung**

76 Auch um Effektiv gegen die Klimakrise vorgehen zu können muss die Sanierung des Bestandes
77 vorangetrieben werden, dabei dürfen Bezahlbarkeit und Klimaschutz nicht gegeneinander
78 ausgespielt werden. Insbesondere bei ungenutztem Leerstand muss Enteignung aus
79 Gemeinwohlinteresse durchgeführt werden, denn unsere Stadt ist kein Spekulationsobjekt.
80 Stattdessen muss die städtische LWB ermächtigt werden diese Objekte nach einer Enteignung
81 zu sanieren und sie so wieder als Wohnungen bereitzustellen. Auch der Neubau muss verstärkt
82 werden, um mit der Nachfrage Schritt zu halten. Dabei muss der komplizierte Drahtseilakt
83 unternommen werden, sowohl energieeffizientere Gebäude zu errichten, mehr nachhaltige
84 Rohstoffe zu nutzen als auch günstig zu bauen.

85 Wir lehnen es ab eine Neuverteilung des Wohnraums als Lösung für die Wohnungsprobleme zu
86 verkaufen. Jede Person sollte ausreichend Wohnraum zur Verfügung haben, um sich einen
87 angemessenen Lebensstil zu ermöglichen und auch im Altern nicht die gewohnte Wohngegend
88 verlassen zu müssen. Der aktuelle durchschnittliche Wohnflächenverbrauch von etwa 40 m² pro
89 Person in Leipzig ist in den vergangenen Jahren nach einem historischen Maximum im Jahr 2019
90 wiedergesunken. Vorschläge durch Tauschbörsen eine bessere Passung des aktuellen
91 Flächenbedarfs auf die aktuelle Lebensphase klingen auf dem Papier gut, werden aber dazu
92 führen, dass der Druck auf ärmere Menschen und Rentner*innen ihre Wohnung zu verlassen
93 erhöht werden wird. Eine Lockerung des Bestandsmarktes durch Abbau des
94 Mieter*innenschutzes, die in diesem Zuge in die Debatte eingeführt wird, lehnen wir
95 selbstverständlich und vehement ab! Zwischen kurzfristigen Eingriffen in den Wohnungsmarkt und
96 langfristiger Absicherung günstigen Wohnraums durch Veränderung der Eigentumsstruktur kann
97 nur mehr Wohnungsbau das Angebot erhöhen.

98 Um das zu erreichen, fordern wir:

- 99 • Auch in Leipzig über die Möglichkeiten der wohnungspolitischen Umsetzung des
100 Artikel 15 GG zu beraten,
- 101 • Enteignung von Leerstand, der seit mehr als 10 Jahren ungenutzt ist,
- 102 • Die Förderung der Möglichkeit zum modularen und seriellen Bauen in Leipzig und die
103 Berücksichtigung solcher Bauweise in der Erstellung von Flächennutzungs- und
104 Bebauungsplänen,
- 105 • Den Aufbau von Kooperationen und Bündnissen mit anderen Kommunen und ihren
106 Wohnungs(bau)genossenschaften zur Nutzung größerer Skaleneffekte bei modularem
107 und seriellem Bau,
- 108 • Eine starke Fokussierung des Neubaus auf mehrgeschossige Gebäude. Wenn wie in
109 den vergangenen 30 Jahren viele Einfamilienhausgebiete in Stadtnähe bzw. als
110 sogenannte Stadthäuser gebaut werden, ist es nicht verwunderlich, wenn dann
111 argumentiert wird, dass keine Flächen mehr für Neubau zur Verfügung stehen,
- 112 • Den vollständigen Wegfall von Stellplatzpflichten beim Neubau von Gebäuden,

113 **Genossenschaften & Gemeinwohl**

114 Auch die Eigentumsstruktur und die Bewirtschaftungsziele von bestehenden und zukünftigen
115 Wohnungen ist von immenser Bedeutung für ein dauerhaft günstiges Angebot an qualitativen
116 Wohnungen. Dafür fordern wir den Einsatz zweier Mechanismen: Die weitere Stärkung von
117 Wohnungsgenossenschaften und die Wiedereinführung der 1989 abgeschafften
118 Wohnungsgemeinnützigkeit. Die Wohnungsgenossenschaften und ähnliche Institutionen, wie
119 zum Beispiel das Mieter*innensyndikat, haben den Vorteil, dass in ihnen die demokratische
120 Kontrolle der Genossenschaftsmitglieder mit den im öffentlichen Interesse stehenden
121 Entwicklungsperspektiven kombiniert werden kann. Der städtische Einfluss in den
122 Genossenschaften muss dabei dafür genutzt werden, den Gebäudebestand zu mehren, während
123 die Qualität der Wohnungen durch die Interessen der Mieter*innen sichergestellt wird. Leipzig hat
124 eine gute Grundlage für einen weiteren Ausbau diesen Bereichs, dadurch dass allein die LWB
125 etwa 10 % aller Leipziger Wohnungen besitzt.

126 Unser übergeordnetes Ziel ist es langfristig, 50 % des Leipziger Gebäudebestandes
127 gemeinwohlorientiert zu gestalten. Um dieses Ziel erreichbar zu machen, müssen aber die
128 rechtlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene angepasst werden. Erst die
129 Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit kann dazu führen, dass private,
130 genossenschaftliche und öffentliche Bauträger*innen den finanziellen Rahmen haben, um in
131 großem Umfang bezahlbare Wohnungen zu errichten. Dafür fordern wir:

- 132 • Die städtische Unterstützung für Wohnungsbaugenossenschaften und die LWB bei der
133 Sanierung von leerstehenden Gebäuden, Erwerbung neuer Liegenschaften,
134 beispielsweise durch Nutzung von Vorkaufsrechten, und dem Bau neuer Gebäude in
135 Nachverdichtung sowie auf der grünen Wiese, also bei der Entwicklung neuer
136 Wohngebiete,
- 137 • Die Änderung des BauGB zur erneuten Ermöglichung der Nutzung des Vorkaufsrechtes
138 sowie die Erweiterung des Vorkaufsrechtes im BauGB auf Möglichkeiten zur Bekämpfung
139 von Leerstand und brachliegenden Flächen,
- 140 • Die Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit auf Bundesebene, dafür müssen
141 Institutionen die Wohngemeinnützig sind insbesondere
 - 142 ○ Von den für den Bau und Betrieb der Gebäude anfallenden Steuern befreit werden,
 - 143 ○ Im Gegenzug einen Gewinnverzicht aus der Bewirtschaftung der Gebäude erfüllen
144 und
 - 145 ○ Schließlich müssen die erwirtschafteten Mittel an den Zweck der Bereitstellung
146 weiteren Wohnraums und den qualitativ hochwertigen Betrieb des bestehenden
147 Wohnraums gebunden werden.

148 **Grund & Boden**

149 Der wichtigste Bereich, in dem wir der kapitalistischen Logik des Wohnungsmarktes
150 entgegentreten müssen, ist der Grund und Boden Leipzigs. Fernziel ist die vollständige
151 Überführung des im städtischen Gebiet gelegenen Bodens in städtische Hand oder zumindest
152 unter städtische Kontrolle. Dafür muss die Stadt Leipzig eine systematische Bodenpolitik
153 entwickeln und umsetzen.

154 Wir fordern:

- 155 • Die schrittweise Entwicklung einer strategischen Bodenpolitik der Stadt Leipzig im Laufe
156 der nächsten Legislaturperiode des Stadtrates. Die strategische Bodenpolitik der Stadt
157 Ulm, die durch die folgenden Punkte gekennzeichnet ist, soll dabei als Vorlage dienen:
 - 158 ○ Baugebiete werden erst dann in Bebauungsplänen ausgewiesen, wenn alle
159 Grundstücke in diesem Gebiet in städtischem Eigentum sind,
 - 160 ○ Die Grundstücke werden durch vertragliche Bestimmungen zweckgebunden an
161 Privatpersonen und Unternehmen vergeben.
 - 162 ○ Teil der zweckgebundenen Vergabe ist ein Wiederkaufsrecht zum ursprünglichen
163 Kaufpreis, das solange bestand hat, bis der qua Plan verfolgte Zweck verwirklicht
164 worden ist,
- 165 • Das Verbot für Aktienmarkt-basierte staatliche Instrumente, wie die Aktienrente, in den
166 Wohnungsmarkt zu investieren, andernfalls kann es zu der paradoxen Situation kommen,

167 dass die Mieter*innen in einen Interessenkonflikt zwischen ihrer Altersvorsorge und ihrer
168 Miethöhe kommen.

Titel: Frauenschutzhäuser in Sachsen stärken

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Die Gesellschaft, in der wir leben, ist auf männliche Gewalt aufgebaut. Die Aufgabe von Frauenhäusern ist es, in diesem Klima der alltäglichen männlichen Gewalt, einen Schutzraum zu schaffen und die betroffenen Frauen und Familien aufzunehmen und zu unterstützen. Dieser wichtigen feministischen und menschenrechtlichen Aufgabe kommt leider auch 2023 nicht genügend finanzielle Mittel, Kapazität und Aufmerksamkeit zu.

Die aktuelle Lage in Sachsen mit Blick auf die Kapazitäten der Frauenhäuser ist nicht hinnehmbar. Im Freistaat setzen nur die Gemeinden Zwickau, Bautzen, Görlitz und Meißen die Forderungen der Task Force des Europarats zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt um. In dieser wird ein Familien-Frauenschutzhäuserplatz pro 10.000 Einwohner*innen gefordert. Es fehlen über 250 Familienzimmer im Freistaat Sachsen und es gibt nur 17 Frauenschutzhäuser, davon keines im Kreis Erzgebirge. Regelmäßig müssen Frauen und Familien in Not abgewiesen werden. Es ist uns ein Kernanliegen, die kommunale und landesweite Versorgung von Frauenschutzhäusern zu unterstützen und die notwendigen Stellen einzubeziehen. Die Lage zeigt eindeutig, dass es weder Kapazitäten gibt, noch eine flächendeckende Gewährleistung von Gewaltschutz.

Unsere Forderungen:

- Sachsen muss die in der Istanbul-Konvention festgelegte Versorgung mit Frauenschutzhäusern, mit einem Platz pro 10.000 Einwohner*innen umsetzen
- Pro 10.000 Einwohner*innen muss ein Familienzimmer zur Verfügung stehen
- Private Rückzugsmöglichkeiten müssen in jedem Frauenhaus gewährleistet sein
- Schnellstmögliche Schaffung eines Frauenschutzhäuses im Erzgebirgskreis
- Es braucht mehr Personalstellen für die Frauenschutzhäuser in Sachsen. Die finanzielle Förderung muss gesichert sein, sowie die Vergütung der Angestellten
- Es braucht ein systematisches Fortbildungsangebot zur gesundheitlichen Förderung von gewaltbetroffenen Frauen
- Das langfristige Ziel muss es sein, dass keine Frauen mehr auf Grund von Platzmangel abgewiesen werden dürfen
- Die Unterbringung in den Frauenhäusern muss kostenfrei sein
- Frauenhäuser müssen zur Barrierefreiheit in den Schutzräumen und der Ausstattung ausgerüstet werden
- Technische Ausstattungen müssen finanziert werden
- Der Leistungsanspruch muss erweitert werden - es darf keine Gruppe ohne Leistungsanspruch geben

- 45
- 46
- 47
- 48
- 49
- 50
- Ein schneller, unbürokratischer, bedarfsgerechter Zugang muss zu jeder Zeit gewährleistet werden
 - Asyl- und Aufenthaltsrechtliche Zugangshürden müssen bundesweit beseitigt werden. Auch auf Landesebene werden antirassistische Maßnahmen und Fortbildungen benötigt
 - Keine 5% Eigenmittel der Frauenhäuser (aus Spenden und Tagessätzen), um existenzsichernde Gelder vom Land zu bekommen

1 Titel: Solidarität mit der Westsahara

2
3
4
5
6
7
8
9

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

9 Historische Entwicklungen in der Westsahara

10 Die Westsahara ist ein Gebiet im Nordwesten Afrikas, das an der atlantischen Küstenlinie liegt.
11 Die Küstengewässer sind reich an Fisch und im Landesinneren wurden wertvolle
12 Phosphatvorkommen gefunden. Die Bevölkerung wird auf etwas mehr als 1.000.000 Menschen
13 geschätzt, von denen viele aus Marokko eingewandert sind. Die Mehrheit der Saharai, der
14 autochthonen Bevölkerung der Westsahara, lebt in Flüchtlingslagern in Tindouf (Algerien). Durch
15 die Einschränkung der bürgerlichen Freiheit und der politischen Rechte der
16 Unabhängigkeitsbefürworter ist ein Problem im Bereich der Menschenrechte entstanden.

17 Die saharaischen Flüchtlingslager befinden sich auf algerischem Territorium. In der
18 Trümmerwüste in der Nähe der algerischen Stadt Tindouf sind seit 1975 fünf Lager errichtet
19 worden. Ihre Bewohner flohen vor der Besetzung der ehemaligen spanischen Kolonie und ab
20 1958 der spanischen Provinz, die heute als Westsahara bekannt ist. Spanien überließ das Gebiet
21 den Nachbarländern Marokko und Mauretanien, ohne ein von den Vereinten Nationen
22 unterstütztes Referendum über die Unabhängigkeit abzuhalten. Die als Saharais bekannte
23 Bevölkerung der Westsahara organisierte sich bereits 1975 mehrheitlich in einer bewaffneten
24 Unabhängigkeitsbewegung namens Frente Polisario (Frente Popular para la Liberacion de Saguia
25 el-Hamra y Rio de Oro). 1975 erkannten die Vereinten Nationen die Frente Polisario zwar als
26 legitime Vertretung des saharaischen Volkes an, doch der marokkanische König Hassan II.
27 kriminalisierte sie.¹ Die Unabhängigkeitsbewegung. Infolge der marokkanischen und
28 mauretanischen Invasion war ein Teil der saharaischen Bevölkerung gezwungen, aus den
29 Städten zu fliehen. Nachdem sie im Hinterland von der marokkanischen Besatzungsmacht mit
30 Napalm- und Phosphorbomben angegriffen wurden, überquerten sie die Grenze zum
31 benachbarten Algerien, dass sie bis heute in ihrem Kampf für die Unabhängigkeit der Westsahara
32 unterstützt.²

33 Bis 1991 befanden sich Marokko und die „Befreiungsfront Polisario“ im Krieg. Erst dann einigten
34 sich die beiden Kriegsparteien im Rahmen der Vereinten Nationen auf einen Waffenstillstand. In
35 diesem wird festgehalten, dass es einen Waffenstillstand und anschließend ein Referendum zur
36 Selbstbestimmung der Ursprungsbevölkerung der Westsahara geben soll. Das Abkommen wurde
37 von beiden Kriegsparteien, auch Marokko, ratifiziert. Was jedoch nicht in dem Abkommen näher

¹ In einem Fernsehinterview im Jahr 1975 verkündete der marokkanische König Hassan II.: „The Polisario, for us they are smugglers (...). If they attack the march we will eat them“ (DonCamelone).

² Grenzstreitigkeiten zwischen Marokko und Algerien existierten im Vorfeld und führten bereits 1963 zur militärischen Auseinandersetzung um das Gebiet von Tindouf (Hodges 1983:92-96).

38 definiert wurde, ist, wer eigentlich zur Ursprungsbevölkerung gehört und wer somit bei diesem
39 Referendum abstimmen darf.

40 Seit 2004 lehnt Marokko jeden Lösungsvorschlag ab, der mit der Unabhängigkeit der Westsahara
41 enden könnte. Es gab in der ganzen Zeit nur einen Vorschlag Marokkos, dass die Westsahara ein
42 autonomer Teil Marokkos werden könne. Dies wurde zurecht von der Polisario zurückgewiesen,
43 da in einem autoritären Staat wie Marokko, in dem keine echte Gewaltenteilung herrscht, föderale
44 Strukturen nicht funktionieren können.

45 Tatsächlich verwaltet Marokko nicht das gesamte Gebiet der Westsahara. Durch das Land verläuft
46 eine befestigte Sandmauer (2700 km lang), die von 1981 bis 1987 sukzessive errichtet wurde und
47 bis heute militärisch befestigt ist³. Diese Mauer teilt die Westsahara in zwei Bereiche: eine
48 westliche Mauer, die die Küstenlinie, die rohstoffreichen Teile des Landes und die großen Städte
49 einschließt, und einen schmalen Wüstenstreifen im Osten, der von der Frente Polisario kontrolliert
50 wird. Entlang dieses Sandwalls führt die Grenze zwischen den "besetzten Gebieten" Westsahara
51 im Westen und den "befreiten Gebieten" im Osten. Marokko ignoriert diesen Sandwall
52 weitestgehend und zählt offiziell die gesamte Westsahara zu seinen südlichen Provinzen.⁴ Bereits
53 1976 gründete die Frente Polisario eine "saharaische Exilregierung"⁵, die Demokratische
54 Arabische Republik Sahara (DARS). In den folgenden Jahren schuf die Frente Polisario staatliche
55 Strukturen in den Flüchtlingslagern auf algerischem Gebiet.

56

57

58

59

60 **Flüchtlingslager der Frente Polisario**

61 Die Flüchtlingslager in der Westsahara sind eine weltweite Rarität, da sie ohne Beteiligung des
62 UNHCR (UN High Commissioner for Refugees)⁶ eingerichtet wurden. Die Saharais verwalten
63 ihre Lager selbst, ohne nennenswerte Intervention weder durch Algerien noch durch internationale
64 Institutionen. Sie stehen unter der Kontrolle der Frente Polisario und des Regierungschefs der
65 DARS⁷. Nach mehr als dreißig Jahren ähneln die Lager kleinen Städten und neben den Zelten
66 sind kleine Häuser gebaut worden. Gleichzeitig wollen sie aber nicht den Eindruck erwecken, dass
67 sie mit der Situation abgefunden haben und sich endlich in Algerien niederlassen.⁸ Während
68 Flüchtlingslager oft als Orte der Verzweiflung, Orte der totalen Kontrolle oder als Gebiete einer
69 humanitären Regierung gesehen werden, sind die Lagern der Saharais eher die Umgebung

³ Rössel 1991:202-205

⁴ Weder die staatliche Nachrichtenseite (www.map.ma) noch die marokkanische Einrichtung Agence du Sud, die für die Entwicklung der südlichen Provinzen zuständig ist, verweisen in ihrem Kartenmaterial oder an anderer Stelle auf den Sandwall (<http://www.agencedusud.gov.ma>)

⁵ Der Begriff der Exilregierung wird in der Literatur mehrheitlich verwendet und wird auch in dieser Arbeit genutzt, ist jedoch nicht umstritten. Jacob Mundy spricht dabei auch von der Ausbildung der Nation und Präfiguration des Staates im Exil (Mundy 2007).

⁶ Quarante, Olivier (2014): Die Schätze der Westsahara, S. 14.

⁷ Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS)

⁸ Signer, David (2014): Jahrzehntelanges Warten im Sand. In: Neue Zürcher Zeitung vom 16.03.2014, <http://www.nzz.ch/aktuell/international/reportagen-und-analysen/jahrzehntelanges-warten-im-sand-1.18263419>

70 eines selbstverwalteten Alltags. Die Saharais nutzen das Lager, um Institutionen zu entwickeln,
71 die in ihr eigenes Land übertragen werden können, sobald eine Lösung (die Unabhängigkeit) für
72 den Westsahara-Konflikt gefunden ist. Das Flüchtlingslager kann als eine Art Testphase gesehen
73 werden, in der der saharauische Staat vorgeformt wird. Die Zeit in den Lagern nutzen die
74 Flüchtlinge für kulturelle und soziale Aktivitäten, das heißt, sie wenden sich von ihren
75 Stammestradiationen ab und entwickeln eine fast städtische, emanzipierte Gesellschaft. Es ist alles
76 vorhanden, was ein moderner Staat braucht: Armee, Polizei, Gerichte, Gefängnisse, Schulen,
77 Krankenhäuser, Kultureinrichtungen, ein Radio und einen Fernsehsender. Die Polisario hat der
78 Bildung von Anfang an große Bedeutung beigemessen. Es besteht Schulpflicht und die
79 Schüler*innen verbringen nicht nur sechs Tage in der Woche (vormittags und nachmittags) in der
80 Schule, sondern haben auch an ihrem freien Tag außerschulische Aktivitäten. In den
81 Sommerferien bringen die älteren Schüler*innen den Erwachsenen Lesen und Schreiben bei,
82 während die Jüngeren zu Ferienkolonien nach Europa reisen. Viele junge Erwachsene studieren
83 im Ausland, vor allem in Algerien, Kuba und Spanien, kehren aber in der Regel nach dem Studium
84 in die Lager zurück, haben dort jedoch kaum eine berufliche Perspektive.

85

86 **Allgemeine Menschenrechtssituation in der Westsahara**

87 Die Menschenrechtssituation in dem von Marokko besetzten Gebiet der Westsahara ist die
88 gleiche wie im Rest des Königreichs. Die Bürger*innen dürfen die Monarchie nicht in Frage stellen,
89 die Regierung ist korrupt und die Sicherheitskräfte missachten die Rechtsstaatlichkeit. Das
90 schwerwiegendste Problem, besonders in der Westsahara, ist die Einschränkung der bürgerlichen
91 Freiheiten und der politischen Rechte der Menschenrechtsaktivisten*innen. Dazu gehören die
92 Einschränkung der Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit, die lange Inhaftierung von
93 Andersdenkenden und die körperliche und verbale Misshandlung von Gefangenen in der Haft.⁹
94 Jeder Protest für ein Referendum und die Unabhängigkeit der Westsahara wird unterdrückt,
95 Aktivist:innen inhaftiert und die freie Berichterstattung von Journalist*innen verhindert. Amnesty
96 International wirft Marokko die Inhaftierung von kritischen Journalisten aus der Westsahara vor,
97 ebenso willkürliche Festnahmen und sogar Folter von Aktivisten, die sich für die Unabhängigkeit
98 der Region einsetzen.¹⁰

99 MINURSO, die UN-Mission für ein Referendum in der Westsahara, hat nur ein Mandat, um die
100 Einhaltung des Waffenstillstandes zu garantieren und ein Referendum vorzubereiten, nicht aber
101 für den Schutz des saharaischen Volkes und die Wahrung der Menschenrechte. Diese werden
102 jedoch in der Westsahara systematisch verletzt.¹¹

103

104 **Die aktuelle Situation in der Westsahara**

105 Der seit 1991 geltende Waffenstillstand in der Westsahara zwischen Marokko und der
106 saharaischen Nationalbewegung fand im November 2020 ein plötzliches Ende. Fast 50 Jahre

⁹ U.S. Department of State (2017): Western Sahara 2013 Human Rights Report,
<https://2017-2021.state.gov/reports/2017-country-reports-on-human-rights-practices/western-sahara/index.html>

¹⁰ <https://www.amnesty.org/en/countries/middle-east-and-north-africa/morocco-and-western-sahara/>

¹¹ Vilalta, Marta (2014): Al-Aaiun és una ciutat policíaca que viu en estat de setge.
<https://www.vilaweb.cat/hemeroteca/?cercar=Sahara%20Occidental>

107 nach der Gründung der Polisario-Front, zwang sie am 13. November ein provokativer
108 marokkanischer Übergriff über die UN-Waffenstillstandslinie, ihre Verpflichtung zur Einhaltung des
109 UN-Waffenstillstands von 1991 zu beenden und Angriffe gegen marokkanische Militärstellungen
110 in der besetzten Westsahara zu starten. Der UN-Sicherheitsrat reagierte auf diesen
111 Zusammenbruch des Waffenstillstands weitgehend zurückhaltend und passiv¹².

112 Die Pandemie und das Ende des Waffenstillstands führten in den Flüchtlingslagern zu einer
113 Verschärfung der Dauerkrise und einer Verschlechterung des Status Quo. Sie verstärkten das
114 Gefühl der Isolation, Immobilität, Hilflosigkeit und Abhängigkeit innerhalb der
115 Flüchtlingsbevölkerung. Andererseits hat es jedoch auch zu mehr lokaler Handlungsmacht und
116 zu "Self-empowerment" bei der Bevölkerung vor Ort beigetragen¹³.

117 Im Jahr 2019 hat die EU ein Fischereiabkommen mit Marokko geschlossen, welches die besetzten
118 Gebiete in der Westsahara miteinschloss. Dies wurde zuvor und auch noch einmal im Jahr 2021
119 vom Europäischen Gerichtshof für nichtig erklärt, da Marokko kein Recht zu Verhandlungen über
120 das Gebiet hatte. Das Fischereiabkommen zwischen der EU und Marokko ist auch Teil des EU-
121 Korruptionsskandals, welcher 2022 bekannt wurde und weshalb die belgischen Behörden wegen
122 Bestechungen ermitteln.

123 Das Außenministerium und das Auswärtige Amt versuchen, Marokko nicht mehr zu verärgern und
124 bemühen sich um ein gutes Verhältnis. Daher präferieren sie inzwischen den einseitigen
125 "Autonomie-Plan" Marokkos und verweisen nicht mehr auf die UN-Resolutionen, welche ein
126 Referendum festlegen.

127 **Deutsche Unternehmen**

128 Die Ressourcen in der Westsahara spielen eine wichtige Rolle im Konflikt, denn Marokko profitiert
129 durch Investitionen internationaler Unternehmen. Die Westsahara zählt mit einem fischreichen
130 Gewässer und dem zweitgrößten Phosphatvorkommen zu den reichsten Ländern weltweit.

131 Siemens Energy kooperiert mit einer Energiefirma, die dem marokkanischen König gehört, und
132 ist am Aufbau eines Windparks in den besetzten Gebieten der Westsahara beteiligt. Die dort
133 gebauten 22 Windräder liefern den Strom für den Abbau von Phosphat und dessen Transport von
134 der Mine zur Küste, von wo der Rohstoff an Düngerproduzenten im Ausland exportiert wird. Der
135 Wert des Phosphats von drei Schiffsladungen entspricht etwa der Höhe der humanitären Hilfe,
136 die die saharaischen Flüchtlinge in einem Jahr erhalten. Dabei sind sie die rechtmäßigen
137 Eigentümer der Rohstoffe.

138 HeidelbergCement betreibt durch die Tochterfirma Ciments du Maroc zwei der größten
139 Zementwerke in der Westsahara. Die in den Werken hergestellten Baustoffe sind essentiell für

¹² Mundy, J. (2021): Das Ende des Friedensprozesses in der Westsahara und der Zusammenbruch des UN-Waffenstillstands. In: Tavakoli, J./ Hinz, M./ Ruf, W./ Gaiser, L. (Hrsg.): Westsahara-Konflikt: Zwischen Kolonialismus, Imperialismus und Selbstbestimmung, https://www.usc.gal/export9/sites/webinstitucional/gl/institutos/ceso/descargas/Biblio_Takavoli.pdf.

¹³ Tavakoli, J. (2021): Pandemie und Kriegsausbruch während einer anhaltenden Krise: Alltag und Ausnahmezustand in den saharaischen Flüchtlingslagern in Algerien. In: Tavakoli, J./ Hinz, M./ Ruf, W./ Gaiser, L. (Hrsg.): Westsahara-Konflikt: Zwischen Kolonialismus, Imperialismus und Selbstbestimmung.

140 den von der Besatzungsmacht durchgeführte Siedlungspolitik, die laut den wissenschaftlichen
141 Diensten des Bundestags¹⁴ ein Kriegsverbrechen begründet.

142 **Unsere Positionen und Forderungen für die Westsahara und ihrer Bevölkerung**

143 Wir fordern, dass die Bundesregierung sich für ein faires und zeitnahes Referendum einsetzt.
144 Dieses freie Referendum, welches über die politische Zukunft der saharaischen Bevölkerung
145 bestimmen soll, soll unter Führung der UN mit den Saharais durchgeführt werden.

146 Auch fordern wir, dass die Bundesregierung darauf hinwirkt, dass jedwede wirtschaftliche
147 Zusammenarbeit mit Marokko, die die Westsahara betrifft, beendet wird. Dies bedeutet auch, dass
148 etwa 15 deutsche Unternehmen (u.a. Siemens AG, HeidelbergCement, die Köster Marine
149 Proteins (KMP), DHL, DB Schenker) ihre Projekte und Aufträge in den besetzten Gebieten
150 beenden.

151 Die Europäische Union darf keine weiteren Abkommen vereinbaren, welche die Westsahara als
152 Gebiete Marokkos inkludieren. Die Urteile des EuGH, die alle Investitionen im Zusammenhang
153 mit der Westsahara für illegal und völkerrechtswidrig erklären, müssen eingehalten werden.

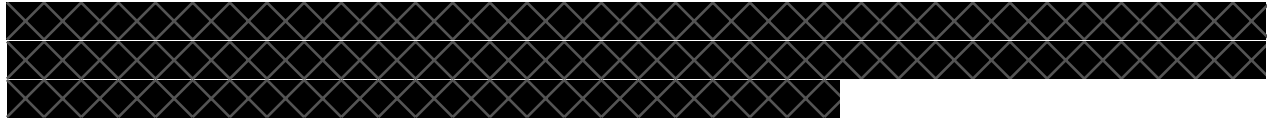
154 Deutschland soll sich beim UN-Sicherheitsrat für ein Menschenrechts-Mandat zur Überwachung
155 der Menschenrechtsslage in den besetzten Gebieten der Westsahara einsetzen.

156 Junge Menschen in den saharaischen Flüchtlingslagern leiden unter Perspektivlosigkeit und
157 brauchen Unterstützung durch Projekte oder neue Arbeitsplätze, um ihren Lebensunterhalt zu
158 sichern. Die Bundesrepublik Deutschland leidet unter einem gravierenden Fachkräftemangel, und
159 in den Flüchtlingslagern sind junge Menschen mit hochwertigen Qualifikationen von
160 Arbeitslosigkeit betroffen. Aus diesem Grund fordern wir, dass junge Saharais unkompliziert
161 nach Deutschland einreisen und arbeiten können.

162 Die SPD-Bundestagsfraktion soll darauf hinwirken, dass die Demokratische Arabische Republik
163 Sahara diplomatisch als Staat durch die Bundesrepublik Deutschland anerkannt wird.

¹⁴ <https://www.bundestag.de/resource/blob/645852/ff419d961659efdf894230ee8c07c8a2/WD-2-025-19-pdf-data.pdf>
<https://www.eda.admin.ch/eda/fr/dfae/politique-exterieure/droit-international-public/droit-international-humanitaire/conventions-geneve.html>

1 Titel: Einführung von Schulgesundheitsfachkräften in Sachsen



2
3
4
5
6
7
8
9 Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig das Wissen um Hygieneregeln und
10 Gesundheit ist. Der Grundstein dafür wird schon in der Kindheit gelegt. Studien zufolge sind 27%
11 der Mädchen und 24,2% der Jungen, die in Armut aufwachsen, übergewichtig. Bei Kindern mit
12 höherem sozioökonomischen Status betrifft es nur 6,5% der Mädchen und 8,9% der Jungen.
13 Durch eine ungesunde Ernährung und ein sich frühzeitig manifestierendes Übergewicht wird in
14 den meisten Fällen der Grundstein für eine Reihe von Folgeerkrankungen gelegt, unter denen die
15 Betroffenen oft bis ans Ende ihres Lebens leiden. Dabei ist die Ernährung nur eine von vielen
16 Variablen, die die Gesundheit von Kindern beeinflussen und durch ihre sozioökonomischen
17 Bedingungen beeinflusst werden. Die Gesundheit eines Kindes sollte nicht vom Einkommen der
18 Eltern abhängen. Aktuell tut sie das aber fast immer.

19 Die SPD Sachsen wird sich daher dafür einsetzen, dass in Sachsen Schulgesundheitsfachkräfte
20 nach dem Modell der AWO Potsdam flächendeckend an unseren Schulen eingeführt werden.

21 Die Einstellung von Schulgesundheitsfachkräften ist keine abschließende Lösung des
22 eigentlichen Problems: die riesige Verteilungsungerechtigkeit in Deutschland. Deswegen muss
23 unser Ziel als Jungsozialist*innen stets sein Armut zu beenden. Allerdings können sie für einen
24 erkennbaren Mehrwert in der Gesundheit von Schüler*innen sorgen.

25 Sie versorgen nicht nur kleinere Verletzungen im Schulalltag, sie

- 26
- 27 ● unterstützen auch übergewichtige Kinder beim Abnehmen und Einhalten von
Ernährungsplänen.
 - 28 ● klären Schüler*innen über die gesundheitlichen Folgen von Rauchen und
29 Drogenkonsum auf.
 - 30 ● bilden eine Schnittstelle zu Schulsozialarbeiter*innen und Kinderpsycholog*innen
 - 31 ● unterstützen Kinder mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen (Bsp.
32 Diabetes).
 - 33 ● helfen bei der Früherkennung gesundheitlicher Probleme (Bsp. Kurzsichtigkeit).
 - 34 ● beraten die Familien in gesundheitlichen Fragen.
 - 35 ● betreiben Prävention und Netzwerkarbeit.
 - 36 ● organisieren Veranstaltungen und Projekte rund um das Thema Gesundheit.

37 Kurzum: Schulgesundheitsfachkräfte verbessern nicht nur die medizinische Versorgung und
38 Inklusion an Schulen, durch sie wird gesundheitliche Aufklärung zu einem festen Bestandteil des
39 Schulalltages. Zusätzlich werden Lehrkräfte entlastet und ebenfalls in Veranstaltungen
40 fortgebildet und sensibilisiert. Allein durch die Organisation von flächendeckenden Erste-Hilfe-

41 Kursen könnten Schätzungen zu Folge mehrere tausend Leben im Jahr gerettet werden. Auch
42 darum kümmern sich Schulgesundheitsfachkräfte.

43 Schulgesundheitsfachkräfte nach dem Modell der AWO-Potsdam sind ein erprobtes und
44 wirksames Konzept, um Kindern Themen wie Gesundheit, Ernährung und Erste Hilfe bereits früh
45 nahezubringen. Das Projekt lief im Jahr 2017 an 20 Schulen in Brandenburg und 10 Schulen in
46 Hessen als Modellprojekt an. Die Qualifizierung von Gesundheits-, Kinder- und
47 Krankenpflegekräften hierfür erfolgte durch den AWO Bezirksverband Potsdam. Mittlerweile ging
48 das Projekt in Hessen im Jahr 2020 in die Regelfinanzierung über und ist in mindestens sechs
49 weiteren Bundesländern angelaufen oder steht in den Startlöchern.

50 Abseits von Brandenburg liegen alle diese Bundesländer im Westen der Republik. Sachsen
51 könnte somit das erste Bundesland im Osten Deutschlands neben der ursprünglichen
52 Modellregion sein, das die flächendeckende Einführung von Schulgesundheitsfachkräften auf die
53 eigene Agenda schreibt und somit nicht nur eine Vorreiterrolle, sondern auch Verantwortung für
54 die Gesundheit von Schüler*innen übernimmt.

55 Uns ist bewusst, die landesweite Einführung von Schulgesundheitsfachkräften ist ein Mamut
56 Projekt im trägen und konservativen sächsischen Bildungssystem.

57 Daher fordern wir die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag auf in Kooperation mit dem
58 Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt bis Mitte 2024
59 ein tragfähiges Konzept zur Einführung von Schulgesundheitsfachkräften in ausgewählten
60 sächsischen Modellregionen einzuführen.

1 **Titel: Das sächsische Bildungssystem in multiplen Krisen: Unsere Antworten auf neue**
2 **und alte Herausforderungen.**

3
4
5
6
7
8
9

10 Vor dem Hintergrund der derzeitigen multiplen gesellschaftlichen Krisen steht zur Debatte,
11 inwiefern unser staatliches Bildungssystem den Minimalanforderungen jungsozialistischer Politik
12 genügt. Seien es die durch Corona verursachten Lernpausen und Unterrichtsausfälle sowie die
13 verstärkten psychosozialen Probleme aller Beteiligten. Egal ob pädagogisches Personal oder
14 Kinder und Jugendliche: Alle spüren die Auswirkungen einer konservativen Bildungspolitik. Durch
15 jahrelange Einsparungen und Abstellen auf eine ökonomische Verwertungslogik ist der Status
16 Quo so weit von unseren Vorstellungen eines sozialistischen und emanzipatorischen
17 Bildungssystems abgerückt, wie seit langer Zeit nicht mehr.

18 Aus diesem Grund ist es ein Ziel dieses Antrags, neben konkreten Forderungen für die
19 pädagogische und gesellschaftliche Wirklichkeit auch eine Perspektive auf ein jungsozialistisches
20 Bildungsverständnis zu bieten. Im Bewusstsein der historisch und gesellschaftlich gewachsenen
21 Komplexität, der vielfältigen Akteur*innen und intersubjektiven bzw. interinstitutionellen
22 Verflechtungen kann dieser Antrag jedoch nicht alle Problemlagen und Teilbereiche
23 gleichberechtigt und vollumfassend betrachten.

24 In Sachsen lernten im Schuljahr 2021/2022 496.606 Schüler*innen an 1.803 öffentlichen oder
25 privaten Schulen, wobei sie von 38.037 Lehrkräften unterrichtet wurden. Während neoliberale
26 Thinktanks und konservative politische Kräfte immer wieder betonen, das sächsische Schul- und
27 Bildungssystem sei regelmäßig auf dem Spitzenplatz im Vergleich zwischen den Bundesländern
28 zu finden, ergibt sich bei genauerem Hinblick ein differenzierteres und problematisches Bild.

29 Die deutschlandweite Bildungsungleichheit spiegelt sich in Sachsen insbesondere in den hohen
30 Quoten junger Menschen wider, die ohne einen Abschluss die Schule verlassen. Gleichzeitig
31 kommen mehr Kinder durch geburtenstarke Jahrgänge, Flucht, Migration und Inklusion in das
32 Schul- bzw. Erziehungssystem. Im Kontext dieser erfreulichen Steigerung der Heterogenität unter
33 den Kindern und Jugendlichen lässt sich aber ebenso ein Anstieg der Segregation zwischen den
34 Schulformen, insbesondere zwischen Gymnasien und Oberschulen feststellen, die an
35 verschiedene Kategorien sozialer Ungleichheit gekoppelt sind. Insbesondere bei der Inklusion von
36 Menschen mit Behinderungen in unser Bildungssystem lassen sich 14 Jahre seit der Ratifizierung
37 der UN-Behindertenrechtskonvention wenig Fortschritte erkennen: Im Schuljahr 2021/2022
38 wurden 30.461 Schüler*innen mit sogenannten sonderpädagogischen Förderbedarf überwiegend
39 an "Förderschulen" unterrichtet (63%). Die Durchlässigkeit wird auch hier eher weniger als mehr,
40 im Gegenteil: Mehr Schüler*innen wechseln von "Regelschulen" an eine "Förderschule".

41 Viele dieser Probleme betreffen auch den Bereich der frühkindlichen Bildung in Sachsen. Anfang
42 März 2022 besuchten 324.002 Kinder unter 14 Jahren (160.898 unter 6 Jahren) eine
43 Kindertageseinrichtung oder -pflege, dabei lag die Betreuungsquote bei den 3- bis 6-jährigen bei
44 95% und bei Kindern unter drei Jahren bei 53%. Von den 182.753 Kindern, die noch keine Schule
45 besuchten, wurden 86% ganztags (mehr als sieben Stunden) betreut. Dass Plätze in Kitas knapp
46 sind, ist kein Novum. Deutschlandweit fehlen 2023 etwa 383.600 Plätze – 362.400 (94%) im
47 Westen und 21.200 (6%) im Osten. Nur in zwei Bundesländern kann der Bedarf gedeckt werden:
48 Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen. In Sachsen ist der Mangel im Bereich der
49 frühkindlichen Bildung durch einen steten Zuwachs an Kindern in den letzten Jahren in den
50 Einrichtungen deutlich geworden – viel zu lange getragen durch ein engagiertes Personal, das
51 häufig über die vertraglichen Bestimmungen des eigenen Beschäftigungsvertrages hinaus arbeitet.
52 Denn ein zweiter Ost-West-Vergleich zeigt: In Ostdeutschland werden 90% der Kinder in
53 Tageseinrichtungen in Gruppen betreut, die (weit) über dem wissenschaftlich empfohlenen
54 Betreuungsschlüssel liegen – in Westdeutschland sind es hingegen “nur” 63%. In Sachsen fehlen
55 20.000 Erzieher*innen, um wissenschaftliche Anforderungen an eine qualitative frühkindliche
56 Bildung zu befriedigen.

57 Ein Blick in die Zukunft unterstreicht den Ernst der Lage: Die Altersstruktur unter den
58 Beschäftigten ist kritisch. Ein Drittel des pädagogischen Personals sowie der Beschäftigten in der
59 Leitung und Verwaltung sind über 50 Jahre. Viele stehen kurz vor dem wohlverdienten
60 Renteneintritt. An der Lösung dieses grundlegenden Problems in der frühkindlichen Bildung wird
61 sich die nächste sächsische Staatsregierung messen lassen müssen. Denn Kinder haben ein
62 Recht auf eine professionelle Begleitung ihrer frühen Bildungsjahre. Verfehlungen in der Lösung
63 dieser Grundfrage reflektieren in verschiedenstem Maße auf unsere Gesellschaft: Neben der
64 Vorbereitung auf die Schule, legt die frühkindliche Bildung das Fundament für ein
65 selbstbestimmtes, gesundes und freies Leben. Gleichzeitig ist uns stets bewusst, dass viele
66 Probleme in der frühkindlichen Bildung in der Verteilungsgerechtigkeit der kapitalistischen
67 Wirtschaftsordnung begründet sind. Ihre Verwertungslogik hat darüber hinaus starken Einfluss
68 auf die Entwicklung von Kindern und ihr Verhältnis zur Gemeinschaft. Als Gegenthese zum
69 Bildungsbegriff einer neoliberalen Welt steht unser jungsozialistischer Bildungsbegriff: Dieser
70 orientiert sich an den Schwerpunkten der Emanzipation, des Feminismus, der Inklusion, des
71 Antikapitalismus und Antirassismus.

72 **Bildung muss emanzipatorisch sein!**

73 Angelehnt an Marx und Engels wird politische Emanzipation aus gesellschaftlichen Zuständen der
74 Unterdrückung nur durch die Zerschlagung des Privateigentums an Produktionsmitteln und die
75 Unterwerfung des Marktes unter eine demokratische gesellschaftliche Kontrolle realisiert. In einer
76 bildungstheoretischen Wendung macht Emanzipation eine Bewusstseinsbildung erforderlich, die
77 durch kritische Selbstreflexion die Mechanismen der kapitalistischen Logiken offenlegt. Im
78 praktischen Moment der Emanzipation ist die Loslösung aus konventionellen Denkgewohnheiten
79 das Ziel, um eine Mündigkeit des Subjekts zu erreichen. Deshalb bedeutet Mündigkeit für uns die
80 Fähigkeit und Bereitschaft der Individuen das soziale Leben in Gesellschaft etc. zu bewältigen,
81 das eigene Leben autonom ohne Fremdbestimmung zu gestalten und selbstbestimmt zu sein.
82 Dies schließen ein kritisches Urteilen und Handeln mit ein. Emanzipation beschreibt die Fähigkeit
83 und Bereitschaft des Menschen, sich von Abhängigkeiten und gesellschaftlichen Verhältnissen zu

84 befreien, die Mündigkeit be- bzw. verhindern, und um gesellschaftliche Bedingungen zu kämpfen,
85 die den Prozess des Mündigwerdens ermöglichen.

86 **Bildung muss feministisch sein!**

87 Strukturelle Sexismen sind den sächsischen Bildungsinstitutionen inhärent. Um die Ursprünge der
88 Geschlechterverhältnisse im heutigen kapitalistischen Patriarchat zu verstehen, orientieren wir
89 uns an einer feministischen Analyse, die das Prekariat gegenwärtiger ökonomischer Zwänge
90 zwischen Arbeit und Geschlecht in den Blick nimmt. Sie ist Ausgangspunkt unserer sozialistisch-
91 feministischen Kritik der Verhältnisse.

92 Mädchen und Frauen werden mitunter als "Gewinnerinnen" der Bildungsreformen des
93 vergangenen Jahrhunderts dargestellt. Mutmaßliche Belege für diese These finden sich zuhauf:
94 Mädchen und Frauen brechen seltener die Schule ab und erwerben hingegen in mehr Fällen das
95 Abitur. In Konsequenz beginnen auch mehr Frauen ein Studium. Für uns ist jedoch klar, dass bei
96 dieser Analyse die feministische Frage der vollumfänglichen Gleichberechtigung nicht aufhört.
97 Denn gleichzeitig herrschen für Frauen in den meisten gesellschaftlichen Bereichen immer noch
98 Bedingungen, die stark von strukturellen Sexismen geprägt sind. Sie erhalten weniger Lohn für
99 die gleiche Arbeit, haben schlechtere Karrierechancen und sind selbst innerhalb der von ihnen
100 dominierten Beschäftigungsfelder in den Spitzenpositionen unterrepräsentiert – so auch im
101 sächsischen Bildungssystem. Das sozialdemokratische Narrativ des "Aufstiegs durch Bildung"
102 scheitert an der Frage der Geschlechtergerechtigkeit. Mit ihm verknüpfte Aspirationen und
103 Hoffnung auf gesellschaftlichen Aufstieg bleiben zu häufig unerfüllt!

104 Auch im globalisierten und digital organisierten Kapitalismus des 21. Jahrhunderts lässt sich ein
105 Zusammenspiel von Neoliberalismus und Patriarchat erkennen: Verschiedene Arbeitsfelder sind
106 entlang einer vermeintlichen „Natur“ vergeschlechtlicht. Berufe, die der reproduktiven Arbeit
107 zuzuordnen sind, gelten so als „Frauenberufe“. Frauen seien aufgrund ihrer besonderen
108 emotionalen und fürsorglichen Eigenschaften etwa am besten dafür geeignet, Kinder zu erziehen
109 oder statt im Büro zu arbeiten andere Menschen zu pflegen. Ferner lässt sich ein Prozess der
110 Prekarisierung dieser feminisierten Berufe erkennen. Diese äußert sich in einer viel zu geringen
111 Entlohnung, Ausbeutung durch eine Entgrenzung der Arbeitszeiten, sowie unsicherer
112 Arbeitsplätze durch befristete Verträge. Außerdem wird trotz Erwerbsarbeit zusätzlich die Care-
113 Arbeit zu 2/3 von Frauen übernommen.

114 Wir stellen uns dabei entschieden gegen jede Vereinnahmung feministischer Kämpfe und ihrer
115 Rhetorik durch den Neoliberalismus. Ein neoliberales Verständnis von Empowerment, das auf
116 den Werten der Leistung, individuellen Freiheit und Selbstoptimierung basiert, blendet die soziale
117 Frage aus. Im Kontext der Bildung und Erziehung, werden Mädchen und Frauen auf diese Weise
118 darauf eingestimmt, der männlichen Konkurrenz nachzueifern und ihre Handlungsmuster der
119 Ausbeutung sowie die Mär der Selbstoptimierung zu übernehmen, anstatt Lohnarbeit, Konkurrenz
120 und Leistungsdruck grundsätzlich infrage zu stellen. Die Auflösung des strukturell wirkenden
121 Patriarchats kann nicht dadurch gelingen, dass sich feministische Kämpfe allein dem Aufstieg von
122 Einzelnen verschreiben, wenn darunter weiterhin viele andere Frauen leiden müssen!

123 Personen, die sich selbst nicht den binären Geschlechterkategorien zuordnen, sind ebenso vom
124 strukturellen Sexismus im sächsischen Bildungssystem betroffen. Der Besonderheit der
125 Lebensrealitäten von genderqueeren Menschen in der Bildung müssen jungsozialistische
126 Antworten gerecht werden und dabei stets unsere strukturelle und ökonomische Analyse im Kern
127 tragen.

128 Die Aufnahme des Bildungsbegriffs durch Feminist*innen knüpft an seinen emanzipatorischen
129 Gehalten an und fordert Mündigkeit, Freiheit, Gleichheit, das Recht auf Selbstdenken, auf
130 persönliches und gesellschaftliches Glück auch für Mädchen, Frauen und genderqueere
131 Personen ein. Unser Ziel muss die Zerschlagung der materiellen und ökonomischen Grundlagen
132 der Diskriminierung von Frauen wie genderqueeren Personen durch das kapitalistische Patriarchat
133 sein, die Abschaffung des Geschlechts als Kategorie gesellschaftlicher Zwänge.

134 **Bildung muss inklusiv sein!**

135 Öffentliche Bildungsinstitutionen sind kein neutraler Ort: Vielmehr werden ebenso wie in anderen
136 gesellschaftlichen Feldern soziale Differenzen, Ordnungen, Strukturierungen und
137 Positionierungen hergestellt, die spezifische Auswirkungen auf Individuen besitzen.

138 Sprechen wir von Inklusion, so legen wir ein breites Verständnis dessen zugrunde, wonach es
139 einen normativen Anspruch auf die volle Partizipation aller Menschen in der Gesellschaft und allen
140 ihren Institutionen gibt, der unabhängig von der sozialen oder kulturellen Herkunft, der
141 Familiensprache, dem Geschlecht oder den physischen sowie kognitiven Fähigkeiten ist.

142 Inklusion steht in einem dialektischen Spannungsverhältnis mit dem Widerpart der Exklusion: Das
143 an einem gesellschaftlichen Universalismus orientierte Versprechen von Teilhabe wird durch
144 soziale Ungleichheitsrisiken gebrochen. Pädagog*innen handeln in diesem Verhältnis zwischen
145 dem Fokus auf die Individualität und Selbstbestimmung der Menschen einerseits und den
146 gesellschaftlich normierten Ansprüchen an Teilhabe, Kontrolle und Normierung andererseits. Eine
147 Differenzierung im Kontext der Inklusion wird von der Idee einer Leistungs- und
148 Begabungsdifferenz legitimiert, die im Zusammenspiel mit Leistung als Kategorie des
149 persönlichen Potenzials naturalisiert wird.

150 Unser Ziel ist eine Bildung, die Differenzen im Kontext der Inklusion und die daraus resultierenden
151 Benachteiligungen wahrnimmt, ernstnimmt und zugrundeliegende Normen kritisch betrachtet. Wir
152 wirken auf eine vollständig inklusive Gesellschaft hin, wobei für uns ein entscheidender Schritt die
153 Inklusion im Bildungssektor ist.

154 **Bildung muss antikapitalistisch sein!**

155 Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, dass individuelle Probleme, Ausbeutung und soziale
156 Missstände untrennbar an kapitalistische Strukturen gekoppelt sind, die diese begünstigen und
157 hervorbringen. Gute Bildung kann Mittel und Werkzeug zugleich sein, diese Strukturen zu
158 erkennen und für hervorgebrachte Klassenunterschiede sensibel zu sein und diese durch eine
159 kritisch-reflexive Haltung und alltägliches Handeln entgegenzuwirken.

160 Schlechte Bildung und vor allem ein schlechtes Bildungssystem führen zu einer gesellschaftlichen
161 Verfestigung von Klassenunterschieden, indem der Stuserhalt reicher Menschen durch die
162 Unterteilungen des Bildungssystems in die nächste Generation gerettet werden können und
163 Menschen aus niedrigeren Klassen am sozialen Aufstieg gehindert werden. Die zentrale Funktion
164 nimmt dafür die Schulform Gymnasium ein.

165 Bildung muss für uns gelebte solidarische Praxis mit Menschen aus niedrigeren sozialen Klasse
166 sein. Unser Verständnis von antikapitalistischer Bildung thematisiert neoliberale Ideologien und
167 deren Auswirkungen z. B. in Form einer Individualisierung struktureller Missstände und der
168 Vorschlag von Lösungen dieser Missstände als Einzelpersonen und nicht als
169 Solidargemeinschaft, aber auch von Leistungsdruck und psychologischen Folgen genauso wie
170 die dadurch hervorgerufenen Verunsicherungen junger Menschen. Diese Perspektive nimmt
171 unterschiedliche Erfahrungen und Lebensrealitäten ernst und zeigt die Methoden auf, wie
172 Marginalisierungen, ökonomische Verwertungszwänge und gesellschaftliche Macht- bzw.
173 Herrschaftsverhältnisse funktionieren.

174 Unsere Klassenanalyse geht von einer materiellen Benachteiligung im Bildungssystem aus.
175 Während die Kinder von Akademiker*innen in der weiten Mehrheit aller Fälle kaum ein Risiko
176 haben durch soziale Netze zu rutschen und in jeder Stufe des Bildungssystems bevorteilt werden,
177 müssen Kinder aus Arbeiter*innenhaushalten an jedem Übergang des Bildungssystems um das
178 Fortkommen kämpfen und jeder Fehler kann dazu führen aus dem System zu fliegen. Das
179 Resultat ist ein hochgradig ungleiches Bildungssystem, in dem der Anteil von Kindern aus
180 Arbeiter*innenhaushalten mit jeder Stufe abnimmt. Die Klassenunterschiede führen zu ungleichen
181 beruflichen Qualifizierungen oder Arbeitsverhältnissen, wodurch Lebensentwürfe und Menschen
182 abgewertet, ausgeschlossen und benachteiligt werden können.

183 Die neoliberale Ideologie nährt die Vorstellung, dass Erfolg und Scheitern in kapitalistischen
184 Verhältnissen von den Anstrengungen, Entbehrungen und Handlungen des Einzelnen abhängen.
185 Dies führt zu Leistungsdruck, verringertem Selbstwertgefühl und einer individuellen Schuldsuche.
186 Dabei ist der (Miss-)Erfolg von den akkumulierten Kapitalsorten abhängig, die ein Individuum in
187 ökonomischer, kultureller, sozialer und symbolischer Hinsicht erwirbt. Die einzige Lösung dieses
188 Problems ist der kollektive Kampf für soziale Freiheit und für ein Bildungssystem, dass Personen
189 nicht aufgrund ihrer Klassenzugehörigkeit an der Verwirklichung der eigenen Lebensziele hindern.
190 Denn grade Menschen, die nicht aus den oberen gesellschaftlichen Schichten kommen, brauchen
191 ein Bildungssystem, das es ihnen ermöglicht ökonomisches, kulturelles, soziales und
192 symbolisches Kapital zu erwerben. Das aktuelle Bildungssystem ist darauf ausgerichtet den
193 Erwerb der verschiedenen Kapitalsorten an der Spitze, in den technischen und Volluniversitäten
194 oder den Lateinfächern der humanistischen Gymnasien zu konzentrieren. Alle anderen müssen
195 nehmen was übrig bleibt.

196 **Bildung muss antirassistisch sein!**

197 Als sozialistischer Verband erkennen wir den Zusammenhang von struktureller Ausbeutung,
198 Unterdrückung und Diskriminierung mit der kapitalistisch organisierten Wirtschafts- und
199 Gesellschaftsordnung an. Sie stützt sich auf strukturellen Rassismus, der die ökonomische
200 Situation, sowie das soziale Leben für Personen, die als "nicht-deutsch" wahrgenommen werden,

201 bestimmt. In diesem Kontext werden diejenigen, die nicht als “deutsch” wahrgenommen werden,
202 auf Basis willkürlicher Merkmale wie Aussehen, Name oder Sprache abgewertet und unterdrückt.
203 Die von vielen gesellschaftlichen Gruppen proklamierten Ziel der Chancengleichheit und
204 Leistungsgerechtigkeit scheinen im neoliberalen Kapitalismus unerreichbar.

205 Die jungsozialistische Antwort: Unsere Politik muss überall strukturelle Ungleichheit beseitigen.
206 Antirassistische Bildungspolitik ist deshalb nicht vom Kampf gegen ökonomische Ungleichheit zu
207 trennen. Insbesondere, weil viele Familien mit Migrationsgeschichte (in der zweiten und dritten
208 Generation in Deutschland) oder Migrationshintergrund (in der ersten Generation in Deutschland)
209 Arbeiter*innenfamilien sind. Unser allgemeinpolitischer Anspruch ist daher, Menschen aus der
210 Armut zu befreien und ihnen so alle Bildungswege zu eröffnen. Rassistisch-kapitalistische
211 Mechanismen müssen sichtbar gemacht werden, um die Grundlage zu schaffen, sie
212 abzuschaffen. Dies ist geknüpft an eine Reflexion der eigenen Position und Privilegierung
213 innerhalb der rassistisch-kapitalistischen Gesellschaft.

214 Gleichzeitig ist der Aufbau konkreter Strukturen unabdingbar, die rassistischer Diskriminierung
215 und Gewalt vorbeugen und Vorfälle konsequent aufarbeiten. Denn insbesondere in Sachsen ist
216 rassistische Gewalt an der Tagesordnung. Eine wichtige Dimension ist dabei das Empowerment
217 von BIPOC durch Erfahrungsaustausch und die damit einhergehende Entindividualisierung von
218 Rassismus.

219 Am Anfang steht die Entwicklung - frühkindliche Bildung im Sozial- und 220 Erziehungssystem

221 Gerechtigkeit im Zugang zu frühkindlicher Bildung ist zunächst immer eine Frage der finanziellen
222 Bedingungen. Die Möglichkeit, das eigene Kind in eine Kindertageseinrichtung oder -pflege zu
223 schicken, darf niemals Privileg sein. Absenkungen der Beiträge für Alleinerziehende, Eltern mit
224 mehreren Kindern und Eltern mit geringem Einkommen werden ihrem Ziel nicht gerecht. Das hat
225 verschiedene Gründe: Zum einen vermag eine Reduktion um teils wenige Euro insbesondere in
226 inflationären Zeiten nicht, die finanzielle Situation der Eltern zu verbessern, zum anderen ist die
227 Absenkung der Beiträge im Fall der Eltern mit geringem Einkommen an eine individuelle
228 Entscheidung geknüpft, die auf Grundlage der zuvor transparent gemachten
229 Einkommenssituation der Eltern beruht. Dieser Verwaltungsaufwand kostet wertvolle Zeit, die
230 diese Eltern häufig nicht haben. Vielmehr erlegt er ihnen eine weitere Bringschuld auf. Unsere
231 Antwort speist sich aus dem Anspruch an ein emanzipatorisches Bildungssystem, für alle
232 zugänglich zu sein: Wir fordern die **beitragsfreie Kindertageseinrichtung und -pflege für alle!**
233 Denn das Recht auf eine gute frühkindliche Bildung steht allen Kindern gleichermaßen zu.
234 Deswegen müssen auch **alle Lernmittel kostenfrei** für alle Kinder sein.

235 Eine nachhaltige Verbesserung der Zustände in Sachsen Kindertageseinrichtungen und -pflege
236 kann nur durch umfassende Reformen im Bereich des Personals geschehen. Realität für viele
237 Beschäftigte ist: Die Tätigkeit in der KiTa oder Kindertagespflege ist weit entfernt vom Anspruch
238 der guten Arbeit. Der Hauptgrund für widrige Bedingungen ist der eklatante Personalmangel in
239 Sachsen. Bei 20.000 Erzieher*innen, die fehlen, um eine befriedigende Gruppengröße und
240 Qualität in der frühkindlichen Bildung zu ermöglichen, verwundert es kaum, welche Zustände in
241 den Einrichtungen herrschen – zumeist auf Kosten der pädagogischen Arbeit.

242 Die Antwort auf den Fachkräftemangel scheint zunächst einfach: Mehr Menschen in die
243 Ausbildung! Diese logische Schlussfolgerung ist unbestritten ein wichtiger Faktor in der Lösung
244 dieser Frage. Als Jungsozialist*innen wollen wir aber immer auch die Rahmenbedingungen
245 verändern, um eine gesellschaftliche Progression zu ermöglichen. Daher wollen wir eine
246 Verbesserung der Ausbildungsbedingungen durch eine **Ausbildungsvergütung, die zum Leben**
247 **reicht**. Außerdem braucht es die **Anerkennung** und angemessene Einarbeitung von **Quer- und**
248 **Seiteneinsteiger*innen** in den Kindertageseinrichtungen. Neben einer Verbesserung der
249 Ausbildung und des Berufseinstiegs, muss unser Augenmerk vor allem auf den
250 Arbeitsbedingungen liegen, um diese Berufe nachhaltig attraktiv zu machen.
251 Deswegen fordern wir, die **Tarifbindung konsequent auszubauen** und die Löhne auf ein
252 angemessenes Niveau anzupassen. Das heißt: einen **deutlichen Lohnanstieg für alle**
253 **Beschäftigten** an Sachsens Kindertageseinrichtungen und -pflegen. Doch Lohn ist nicht alles.
254 Wir müssen die Rahmenbedingungen anpassen. Die wichtigste Größe ist dabei der
255 **Betreuungsschlüssel**. Dieser muss bedeutend **reduziert werden**. Konkret heißt das für den
256 Sozial- und Erziehungsdienst: Kinderkrippe 1:3, Kindergarten 1:8 und Hort 1:14. Im Zuge dieser
257 Reduktion müssen auch die **Leistungsanteile für Führungskräfte erhöht** werden und
258 **Weiterbildungstage für alle**, aber auch für spezielle Funktionen, wie etwa für
259 Praxisanleiter*innen, **in den Betreuungsschlüssel einbezogen** werden.

260 Im Eindruck der Krisen der letzten Jahre fordern wir die **Novellierung des sächsischen**
261 **Bildungsplans** im Sinne unseres jungsozialistischen Bildungsbegriffs. Die aktuelle Fassung aus
262 2011 lässt, abseits von Randbemerkungen zum Computer, das Thema Digitalisierung in Gänze
263 vermissen. Abseits von qualitativer, digitaler Bildung für Kinder setzen wir uns insbesondere für
264 **progressive sexualpädagogische Konzepte** in Kindertageseinrichtungen und -pflegen ein, die
265 den Grundstein für eine freie, selbstbestimmte und sichere Sexualität legen. Fachkompetente
266 Anlaufstellen für Eltern und pädagogisches Personal müssen dabei immer fester Bestandteil
267 dieser Konzepte sein.

268 Daneben setzen wir uns für eine größere staatliche Kontrolle in Kitas ein. Einen Schwerpunkt stellt
269 in unseren Augen das Thema der Trägerschaft dar. Im Jahr 2021 waren 42,7% der Kitas in
270 Sachsen in öffentlicher Hand, 56,2% waren hingegen in freigemeinnütziger Trägerschaft. Als
271 laizistischer Verband bewerten wir die freigemeinnützige Trägerschaft von Kirchen als
272 grundsätzlich kritisch. Erziehungskonzepte, die sich aus religiösen Weltanschauungen speisen,
273 lehnen wir ab. Insbesondere wenn Erzieher*innen ihre Macht missbrauchen, um
274 menschenfeindliche Positionen zu propagieren, ist staatliches Handeln gefragt. Wir fordern
275 deswegen eine **umfassendere staatliche Supervision für kirchliche und kirchennahe Träger**
276 **von Kitas. Gleiches gilt für alternative Erziehungskonzepte**, die jeglicher wissenschaftlicher
277 Grundlage entbehren.

278 **Das dreigliedrige Schulsystem in Sachsen oder macht kaputt was euch kaputt macht**

279 Das Schulsystem in Sachsen kennzeichnet sich durch eine Gliederung in Grundschulen (bis zur
280 vierten Klasse), wonach sich der weitere Bildungsweg richtet. Entweder können Gymnasien (bis
281 zur Klasse 12) oder Oberschulen (Mit Hauptschul- und Realschulzweig bis Klasse 10) besucht
282 werden. Nicht zu vergessen sind die Schulen des zweiten Bildungsweges an Abendgymnasien
283 bzw. -oberschulen oder Kollegs und die berufsbildenden Schulen. Die Förderschulen (von Klasse

284 1-10 mit Möglichkeit des Haupt- bzw. Realschulabschlusses) bilden eine weitere Säule des
285 Schulsystems. In Anbetracht der in der Analyse aufgezeigten gesellschaftlichen Ungleichheiten
286 und unter Rückgriff auf einen jungsozialistischen Bildungsbegriff ist ganz klar: Das gegliederte
287 Schulsystem konnte und kann diesen Herausforderungen nicht begegnen und unsere
288 Anforderungen nicht erfüllen. Aus diesem Grund gehört es abgeschafft.

289 *Neuorganisation des sächsischen Schulsystems:*

290 Nichts weniger als das ist notwendig und kann unser politisches Ziel sein. Dabei können wir auch
291 auf bereits etablierte Konzepte und Strukturen zurückgreifen, die uns dahin bringen. Die **Stärkung**
292 **der Gemeinschaftsschule** für längeres gemeinsames Lernen ist seit Jahren fester Bestandteil
293 jungsozialistischer Forderungen. Es senkt den Leistungsdruck und den Stress der Schüler*innen,
294 bietet mehr und längere Fördermöglichkeiten sowie individuelles Lernen. Zudem gibt es weniger
295 Schulabbrüche durch Gemeinschaftsschulen und trägt zu einem Abbau der sozialen Ungleichheit
296 bei. Die Zahlen zur Gemeinschaftsschule sind dennoch enttäuschend: Nur drei Schulen existieren
297 sachsenweit.

298 Um die Entwicklung und Einrichtung von Gemeinschaftsschulen zu beschleunigen, fordern wir
299 neben der *staatlichen finanziellen Unterstützung* und *koordinierenden Beratung* niedrigere Hürden
300 für Gemeinschaftsschulen, um diese auch in ländlichen Gebieten zu etablieren. Ergänzend dazu
301 fordern wir einen *“Förderfond Gemeinschaftsschule”*, der zunächst finanzielle Ressourcen für
302 Konzeptentwicklung bzw. -anträge, Schulhausbau und eine wissenschaftliche Begleitung sowie
303 Evaluation bereitstellt.

304 Im Sinne des längeren gemeinsamen Lernens ist ein **alltägliches und voll umfassendes**
305 **Ganztagsangebot** unser Ziel, welches freiwillig besucht werden kann, komplett kostenfrei ist, in
306 enger Kooperation mit außerschulischen demokratischen Akteur*innen entsteht und vielfältige
307 Angebote bereithält. Dafür muss der Ganztags mit dem vorherigen Unterricht verzahnt bzw.
308 abgewechselt werden. Wir fordern daher *mehr finanzielle Ressourcen für ein breiteres Angebot,*
309 *bessere Bezahlung der beteiligten Professionen* und eine *Beteiligung der Schüler*innen am*
310 *Prozess der Angebotserstellung.*

311 In Kopplung mit dem Ausbau der Gemeinschaftsschule fordern wir eine **vollständige Inklusion**
312 **aller Schüler*innen** mit Behinderungen und das Abschaffen der Förderschwerpunkte. Dies gilt
313 auch für neurodiverse Schüler*innen. Hierfür bedarf es eine bessere *materielle* (z. B. barrierefreie
314 Bildungseinrichtungen in jeglicher Hinsicht, Geräte, Medien etc.) und *personelle Ausstattung* (z.
315 B. Schulbegleitung, Fahrdienste etc.) ebenso wie eine veränderte *gesellschaftliche Perspektive*
316 *auf Inklusion*. Inklusion ist für uns ein bedeutendes Querschnittsthema über alle
317 bildungspolitischen Entscheidungen hinweg.

318 Im Sinne eines staatlich organisierten und verantworteten Bildungssystems fordern wir eine
319 **stärkere Kontrolle von privaten und kirchlichen Schulen und den Stopp staatlicher**
320 **Zuschüsse**. Insbesondere Privatschulen beschleunigen die Bildungsungleichheit durch
321 Gebühren und dem Versprechen auf bessere Bildung. Diese neoliberale Wettbewerbsperspektive
322 lehnen wir ab, denn Bildung muss kostenlos sein. Weiter gehen wir bei alternativ-pädagogischen
323 Konzepten wie z. B. der Waldorfpädagogik, welche in ihrer Genese auf antidemokratischen,

324 antisemitischen und rassistischen Gedanken aufbauen oder in ihrer Ausübung der Emanzipation
325 und Mündigkeit entgegenstehen: Diese gehören nach einer entsprechenden
326 Grundgesetzänderung des Artikel 7, Absatz 4 verboten. Dafür setzen wir uns ein.

327 Wir setzen auf einen **Ausbau des zweiten Bildungsweges** als ein Mittel, die
328 Bildungsungleichheit zu bekämpfen und Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu jederzeit
329 einen Schulabschluss zu ermöglichen. Dafür sind eine ausreichende Finanzierung und eine
330 Koordinierung des Angebots mit Beratungsstellen notwendig.

331 *Neue Standards und Rahmenbedingungen:*

332 Bisherige Bildungsstandards und schulische Rahmenbedingungen in Form von Lehrplänen
333 orientieren sich zum einen an einem neoliberalen Leistungsbegriff, wonach nur diejenigen
334 Individuen als "bildungsfähig" angesehen werden, die entsprechenden Noten vorweisen können.
335 Zum anderen nimmt die Kompetenzorientierung im Sinne einer impliziten Verwertungslogik
336 bereits die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes an und legt diese schulischer Bildung zugrunde. Dabei
337 ist "Kompetenz" ein Containerbegriff, ohne konkreten Inhalt und ausreichende empirische
338 Prüfung, der zudem kritisches Urteilsvermögen und Moralität vernachlässigt. Dies führt zu einer
339 unmündigen Anpassung des Subjekts und einer Schule, die Demokratie und Kultur zugunsten
340 von ökonomischer Verwertbarkeit untergräbt.

341 Wir fordern daher eine **kritische Auseinandersetzung mit dem Kompetenzbegriff** und eine
342 **Überarbeitung der Lehrpläne**, welche neben *neuer Schwerpunktsetzung* wie Feminismus und
343 demokratische Mitbestimmung auch eine *Modularisierung* beinhaltet. Hier können Schüler*innen
344 selbstbestimmt Fächer, Inhalte, Kurse und Aktivitäten zusammenstellen, durch welche sie ihr
345 individuelles Potenzial entfalten.

346 **Individuelles und erfolgreiches Lernen bedarf keiner Noten.** Statt Vergleichbarkeit,
347 Orientierung und leistungsgerechter Rückmeldung erzeugen sie Druck, Ungleichheit und ein
348 ungünstiges Lernklima. Wir fordern daher, die klassische Notenskala zugunsten von formativen
349 Feedbackprozessen zu ersetzen. Diese können z. B. durch Lernbriefe, gemeinsam erarbeitete
350 und umgesetzte Feedbackkriterien umgesetzt werden.

351 *Mitbestimmung und Demokratisierung der Schule:*

352 Eine demokratisch legitimierte staatliche Schule muss die Mitbestimmungsrechte der Menschen
353 wahren, die sich in ihr entwickeln und entfalten wollen. Dies betrifft insbesondere demokratische
354 Prozesse mit Beteiligung einer **gewählten Schüler*innenvertretung**. Wir wollen die
355 *Vertretungsrechte* von Schüler*innen gegenüber Schulleitung, Kommune, Landesamt für Schule
356 und Bildung sowie dem Ministerium *ausbauen und institutionell verankern*. Dazu fordern wir,
357 *eigene Mittel und Räumlichkeiten für Schüler*innenvertretungen* jeder Schule sowie den Zugriff
358 auf schulinterne materielle Ressourcen. Neben der materiellen Ausstattung möchten wir nach
359 dem Vorbild Berlins eigene *Schüler*innenfortbildungen* einführen, welche über das Landesamt für
360 Schule und Bildung in Kooperation mit den Vertretungen organisiert und durchgeführt werden.
361 Diese Fortbildungen sollen, je nach Thema, für alle interessierten Schüler*innen offen sein. Dabei
362 kann auf bewährte Projekte wie "Mitwirkung mit Wirkung" zurückgegriffen werden, bei denen junge

363 Menschen die Schülervertreter*innen mit Wissen und eigener Erfahrung schulen und fit für die
364 SV-Arbeit machen.

365 Zu mehr Entscheidungsfreiheit sollen auch **überarbeitete Wahl-Pflichtpraktika** gehören, die in
366 ihrer Anzahl erhöht, in ihrer Dauer verlängert und in Kooperation mit Akteur*innen aus der
367 Zivilgesellschaft durchgeführt werden.

368 Zur Entwicklung einer mündigen und emanzipatorischen Haltung bedarf es auch einer
369 **politischen Bildung**, die sich an antifaschistischen, antirassistischen und demokratischen
370 Werten orientiert. Dabei soll die politische Bildungsarbeit in den Schulen weg von einer reinen
371 Institutionenlehre hin zu einer Vermittlung von Kompetenzen, die eine mündige und
372 selbstbestimmte Teilnahme des Individuums an politisch-gesellschaftlichen Prozessen
373 ermöglicht. Dabei geht es selbstverständlich nicht nur darum, dass junge Menschen ermutigt
374 werden sollen, an Wahlen teilzunehmen, sondern sich aktiv in politischen Organisationen,
375 Initiativen, Vereinen und Gruppen einbringen können. Politische Bildung muss für Schüler*innen
376 den Raum bieten, sich (kritisch) über Gesellschaft(-szusammenhänge) in einer digitalisierten und
377 global vernetzten Welt im 21. Jahrhundert auszutauschen und zurechtzufinden. Gleichzeitig soll
378 Schüler*innen ermöglicht werden, auch andere Gesellschaftsmodelle kennenzulernen und
379 bestehende gesellschaftlich-politische Strukturen zu hinterfragen. Die bundesrepublikanische
380 Demokratie verstehen wir dabei nicht als das Ende der Geschichte, sondern als
381 Gegenwartsphänomen, welches nicht allen Menschen die gleichen Lebenschancen und
382 Teilhabemöglichkeiten bietet. Für die politische Bildung soll stärker mit außerschulischen
383 Bildungsinitiativen und Vereinen kooperiert werden, in denen junge Menschen andere junge
384 Menschen empowern und Wissen vermitteln.

385 Ein weiteres Querschnittsthema ist die handlungsorientierte und kritische Medienbildung mit dem
386 Ziel der Medienkompetenzentwicklung, die mehr ist als bloße Informationsbeschaffung.
387 Insbesondere die Reflexion, wie mit Sprache, Ton und Bildern etc. Bedeutung hergestellt wird,
388 wie Unter- und Überrepräsentation von gesellschaftlichen Gruppen zustande kommt und unter
389 welchen technischen und sozialen Bedingungen Medien produziert werden, steht für uns im
390 Vordergrund.

391 Es ist anzustreben, dass sexuelle Erziehung, in der Schulbildung, nicht nur ein alleiniges Thema
392 der Schulen und Lehrpersonen bleibt. Sondern dass geschultes Fachpersonal regelmäßige,
393 verpflichtende Sexual- und Gefühlswelt-Workshops an verschiedenen Schulen anbietet.
394 Schulfremde Personen deshalb, damit dieser Raum bewusst vom leistungsorientierten
395 Lernverlauf getrennt ist.

396 Die **Schule als multiples Dorfzentrum** und öffentliche Institution strahlt auch immer in ihre
397 kommunale bzw. regionale Umgebung aus. Wir möchten solche Potenziale in Form von
398 *Räumlichkeiten für zivilgesellschaftliche Initiativen, demokratischen Austausch* und
399 *überinstitutionelle Kooperation* besonders im ländlichen Raum nutzen. Wenn Schulen als
400 *ganztagsorientierte Sozialräume* z. B. für *Jugendarbeit, intergenerationellen Austausch und*
401 *demokratische Partizipation* genutzt werden können, fungieren sie als Multiplikator für
402 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir fordern daher einen niedrighschwelligigen Zugang

403 demokratisch-zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, zusätzliche Stellen für die Koordinierung und
404 Durchführung solcher Angebote.

405 *Qualifiziertes Personal und Belastungsreduktion für alle Akteur*innen:*

406 Das Personal in Schulen arbeitet seit Jahren am Limit: Gestiegene Anforderungen an die
407 pädagogische Profession, Mehrarbeit durch Verwaltungsaufgaben und Interaktion mit multiplen
408 Akteur*innen lassen zum Teil kaum Zeit und Raum für die Umsetzung des eigenen
409 pädagogischen Anspruchs. Zudem überschreiten viele Lehrkräfte regelmäßig Arbeitsschutznorm
410 und leisten Mehrarbeit bis zum Burn-Out.

411 Wir wollen die Arbeitsbedingungen aller Professionen verbessern und fordern daher zunächst,
412 den **Klassenteiler zu senken** und an den individuellen Bedarf der Schüler*innen anzupassen.
413 Dieser darf jedoch nicht höher sein als 20 Schüler*innen in einer Klasse, egal um welche
414 Schulform es sich handelt. In Verbindung dazu setzen wir uns zudem für einen **geringeren**
415 **Pflichtstundenanteil** in allen Schularten und eine **Anerkennung zusätzlicher Arbeitszeiten**
416 ein.

417 Wir möchten die **Kooperation** mit anderen beteiligten Professionen, wie **Schulsozialarbeit,**
418 **Schulpsychologie und Jugendhilfe vereinfachen**. Dafür müssen zunächst *mehr Stellen*
419 geschaffen werden und eine *nachhaltige Fördermittelzuteilung* mit Landesmitteln umgesetzt
420 werden. Dabei ist für uns klar, dass Schule ein geschützter Raum sein soll, der es allen
421 ermöglichen soll, sich Hilfe zu suchen ohne Stigmatisierung und Angst vor Strafe. In diesem Sinne
422 *lehnen wir eine Zusammenarbeit mit der Polizei generell ab* und setzen uns vielmehr für
423 *Prävention und Sensibilisierung* durch geschultes Personal ein.

424 Die **Fort- und Weiterbildung** des pädagogischen Personals in der dritten Phase der
425 Lehrer*innenbildung stellt eine Möglichkeit dar, auf sich verändernde gesellschaftlich-politische
426 Rahmenbedingungen Bezug zu nehmen und die professionelle Haltung weiterzuentwickeln. Viele
427 Lehrkräfte nehmen entgegen der gesellschaftlichen Perspektive an solchen teil, haben aber
428 begrenzten Einfluss auf das Angebot. Wir fordern daher eine empirische *Ermittlung des*
429 *Fortbildungsbedarf der Lehrkräfte*, eine *Zertifizierung des Fortbildungspersonals* sowie eine
430 *Kopplung an wissenschaftliche Institutionen und Akteur*innen*. Zudem setzen wir uns für eine
431 *Evaluation jeder Fortbildungsveranstaltung* ein. Um seminarähnliche und längerfristige
432 Fortbildungsveranstaltungen besuchen zu können brauchen Lehrer*innen Zeit: Wir fordern daher
433 eine *umfassende Dienstfreistellung* für einen Fortbildungsbesuch und eine *Anerkennung*
434 *individueller Weiterbildungen* außerhalb der Dienstzeit.

435 Der **Personalmangel an Schulen** erreicht immer neue Höhen, eine Besserung ist nach wie vor
436 nicht in Sicht. Daher fordern wir, die *Zahlen der Studienplätze im Lehramt weiter zu erhöhen und*
437 *ausländische Abschlüsse anzuerkennen*. Die Entwicklung der pädagogischen Professionalität
438 benötigt ebenfalls Zeit: Wir setzen uns daher für eine *Angleichung der Studiendauer* auf 10
439 Semester für alle Lehrämter ein, um eine Verzahnung zwischen Theorie und Praxis zu
440 ermöglichen. Darüber hinaus fordern wir eine *Abkehr von der schulformspezifischen Ausbildung,*
441 die zugunsten einer *schulformübergreifenden Ausbildung* mit anschließender freiwilliger
442 Spezialisierung ersetzt wird.

443 Trotz der miserablen Ausgangslage halten wir an unseren Forderungen fest, **multiprofessionelle**
444 **Teams und Teamteaching** zu ermöglichen. Die Kooperation verschiedener Akteur*innen, wie z.
445 B. Erzieher, Schulsozialarbeiter, (Schul-) Psychologen, Schulbegleiter, Diplom-
446 /Sozialpädagogen, (Jugend-)Sozialarbeiter und Mitarbeiter der Jugendhilfe sowie Lern-
447 /Physiotherapeuten kann vor dem Hintergrund der Heterogenität und individuellen Bedürfnissen
448 der Schüler*innen zu einer besseren Lern- und Lebenserfahrung beitragen und Belastungen
449 einzelner Beteiligter reduzieren. Dafür benötigt es neben *zeitlichen Ressourcen auch materielle*,
450 wie Besprechungsräume oder digitale Konferenzausstattungen. Zudem müssen
451 *Koordinationsstrukturen und Netzwerke* etabliert werden, um eine Kommunikation über
452 Institutionen und Akteur*innen hinweg zu ermöglichen.

453 Für uns ist klar: Das pädagogische Personal arbeitet in einem rechtlichen und institutionellen
454 Rahmen, welcher staatlich geschützt ist. Der Staat hat für diese zu sorgen und die
455 Arbeitsbedingungen zu verbessern. Eine **Verbeamtung** ist aus jungsozialistischer Perspektive
456 jedoch nicht notwendig: Es ist ein Zirkelschluss, in Zeiten von deutschlandweiten
457 Lehrer*innenmangel die Verbeamtung zur ultimativen Lösung zu erklären. Daher fordern wir eine
458 *tarifgebundene gleiche Bezahlung aller Lehrkräfte*. Zudem *lehnen wir die Implementierung*
459 *neoliberaler wirtschaftlicher Konzepte wie Leistungsprämien oder Bezahlung nach Leistung ab*.
460 *Vielmehr setzen wir uns für eine Steigerung der Berufsattraktivität ein, die durch die Verbesserung*
461 *der Rahmenbedingungen* erfolgt.

462 *Bildungsfinanzierung:*

463 Für die Jusos ist nach wie vor klar: Bildung muss kostenlos und allen Menschen gleichermaßen
464 zugänglich sein. Vor diesem Hintergrund erneuern wir unsere Forderung nach einer
465 **umfassenden Lernmittelfreiheit**, die neben Schulbüchern und Übungsheften auf digitale
466 Endgeräte, notwendige Zusatzmaterialien, wie Abiturhefte und Zugänge/Abos zu Datenbanken
467 und Zeitungen bzw. Zeitschriften umfasst.

468 Klimaneutrale Mobilität für Schüler*innen, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende ist uns
469 wichtig. Wir setzen uns deshalb für eine **Erweiterung des Bildungstickets** zu einem
470 *landesweiten Ticket* ein, das es jungen Menschen ermöglicht, überall mobil zu sein. Zudem
471 fordern wir auch hier eine *komplette Kostenfreiheit*.

472 Zudem fordern wir vom Land ausreichende **Fördermittel für Klimaschulen**, mit denen neben
473 dem klimaneutralen Hausneu- bzw. Umbau auch Projekte wie Schulgärten finanziert werden
474 können.

475 **"Lassen wir uns nicht schrecken durch die Ungunst äußerer Umstände, haben wir für alle**
476 **Schwierigkeiten nur eine Antwort: Erst recht!" – Clara Zetkin**

477 Es ist schwer, vor dem Hintergrund der momentanen Probleme, Herausforderungen, dem
478 gesellschaftlichen Klima und den parlamentarischen Mehrheiten in Sachsen ein Bildungssystem
479 zu denken, welches nicht gerade so den Status-Quo wieder herstellt und diesen verteidigt. Unsere
480 Aufgabe als Jungsozialist*innen ist aber genau das: Auf ein modernes emanzipatorisches,
481 feministisches, inklusives, antikapitalistisches und antirassistisches Bildungssystem hinzuwirken,
482 welches die Mündigwerdung und die Befreiung aus Unterdrückungszuständen ermöglicht. Lassen

- 483 wir uns von konservativen und neoliberalen Kräften nicht einreden, unsere Ideen seien untauglich.
484 Diesen Menschen rufen wir zu: Erst recht!

Titel: Mehr Therapeut:innen für alle

1
2
3
4
5
6
7
8
9 Durch bessere Versorgungsmöglichkeiten und eine höhere Aufklärung sind die Erkennungen
10 und Therapiemöglichkeiten von psychischen Defiziten deutlich besser. Jedoch steigt damit auch
11 der Andrang, sich darauf untersuchen zu lassen. Sowohl die Häufigkeit der Diagnosen von
12 ADHS und Autismus, wie auch die Diagnosen von Depressionen und Burn-Out ist über die
13 letzten Jahre stark angestiegen. Dabei gehen häufig ADHS und Autismus mit Depressionen
14 Hand in Hand. Darüber hinaus wurden vor allem bei Frauen und Mädchen in den letzten Jahren
15 immer häufiger mit dem Befund Autismus diagnostiziert, die zuvor fälschlicherweise gar keine
16 oder eine falsche Diagnose erhalten haben.

17 Aufgrund des hohen Andrangs ist die Wartezeit für Menschen mit psychischen Problemen, die
18 einen Therapieplatz oder eine Anlaufstelle für eine mögliche Diagnose suchen, inakzeptabel
19 lang. Obwohl häufig der Vergleich zwischen einem Krankenhausaufenthalt für körperliche
20 Beschwerden und einer Therapie für psychische Probleme herangezogen wird, kommt es nicht
21 zu einer besseren Versorgungslage für Betroffene mit psychischen Problemen. Während man
22 für einen Röntgenbefund und eine Gipsversorgung nur wenige Stunden benötigt, kann es
23 Monate dauern, bis ein Therapieplatz zur Verfügung steht. Und das Untersuchen einer
24 psychischen Störungen oder eines Defizits wie ADHS kann bis zu zwei Jahre dauern, wie
25 beispielsweise am Uniklinikum Leipzig. Dabei schränken psychische Erkrankungen, sowie
26 Neurodiversität das Alltagsleben der Betroffenen Personen erheblich ein und führen zu einem
27 zum Teil deutlich kürzeren Leben als bei psychisch gesunden, neurotypischen Menschen.

28 Dabei spielt die Umgebung der betroffenen Personen eine ausschlaggebende Rolle. Vor allem
29 bei Arbeitnehmer:innen ist die Zahl der an Depressionen oder Burn-Out erkrankten besonders
30 hoch. Aber auch schon in der Schule wird die Anzahl an depressiven Verstimmungen durch
31 Leistungsdruck und Stress immer höher. Dabei sollte schon in frühen Jahren darauf geachtet
32 werden psychische Belastungen nicht einfach hinzunehmen, damit sie nicht mit in die Zukunft
33 geschleppt werden. Auch um jeder Person eine schnelle und präventive Versorgung zu
34 gewährleisten, sollen Therapeut:innen in andere Lebensbereiche integriert werden. So können
35 psychische Probleme, die beispielsweise durch Stress auf der Arbeit ausgelöst wurden, noch
36 bevor sich die Lage für die betroffene Person verschlechtert, präventiv behoben werden.
37 Zusätzlich können dadurch Komorbiditäten für neurodiverse Personen und Personen mit einer
38 bereits vorhandenen psychischen Erkrankung vermieden werden.

39 Genug qualifizierte Therapeut:innen, die theoretisch therapieren könnten, sind auch vorhanden.
40 Allerdings sind sie nicht alle niedergelassen und müssten daher privat bezahlt werden. In
41 einigen Fällen können Betroffene auf die Kostenerstattung zurückgreifen, aber auch dies ist oft
42 zeitaufwendig. Für Betroffene, die schnell eine Therapie bräuchten, aber weder die finanziellen

43 Möglichkeiten, noch zeitlich dafür Kapazitäten haben, ist das ein untragbarer Zustand. Die
44 psychische Gesundheit muss unabhängig vom Geld sichergestellt werden!

45 Aus diesem Grund fordern wir:

- 46 • Beteiligung der Landesregierung bei der sächsischen Bedarfsplanung von
47 Therapeut:innen und damit verbunden mehr Niederlassungen von Therapeut:innen
- 48 • Zugang zu therapeutischen Hilfsangeboten in andere Lebensbereiche wie Arbeit
49 oder Schule zu integrieren durch therapeutische Anlaufstellen in Schulen und ein
50 Gesetz für eine jährliche, vom Arbeitgeber bezahlten, nicht-verbindlichen
51 Sprechstunde mit einem Therapeuten:einer Therapeutin
- 52 • Aufklärungsarbeit zu psychischen Erkrankungen stärker fördern und in der Schule zu
53 einem festen Bestandteil des Unterrichts machen.
- 54 • Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen für Therapeut:innen, damit ein breites
55 Spektrum zur Diagnose und Therapie von psychischen Erkrankungen und Störungen
56 gewährleistet ist und mehr Bewusstsein für geschlechtsspezifische Unterschiede
57 geschaffen wird
- 58 • Die Infrastruktur schaffen, damit Therapeut:innen (zumindest online) erreichbar sind.

59 Die psychische Gesundheit muss unabhängig vom Geld sichergestellt werden!

1 **Titel: Öko ist kein Luxus - Lebensmittel**

2
3
4
5
6
7



8 Landwirtschaft ist so fundamental, dass sie in alltägliche Vergessenheit rutscht. Auch unter
9 Sozialdemokrat*innen scheinen die Arbeiter*innen der Landwirtschaft wenig beachtet zu werden
10 und ökologischer Landbau bleibt eine Randerscheinung, bzw. Thema anderer Parteien. Nicht
11 nur unter Anbetracht des Klimawandels, sondern auch aus Perspektive sozialer Gerechtigkeit
12 brauchen wir sozialdemokratische Beschäftigung mit Landwirtschaftspolitik.

13 Drei zentrale Beteteiligungsgruppen für eine nachhaltige Landwirtschaftspolitik sind:

- 14 • die Produzierenden
- 15 • die Bodenressourcen und deren Pflege
- 16 • die Konsument*innen.

17 Alle Bereiche bedürfen regelmäßiger, aktiver Betrachtung und ggf. Justierung.

18 Aktiv insofern, dass die derzeit stärkste Stimme der Praktiker*innen durch den Bauernverband
19 getragen wird. Als Vertretung konventioneller Landwirtschaft werden dadurch einseitig
20 Interessen abgebildet und gefördert. Auf der anderen Seite fällt die Interessensvertretung
21 ökologischer Landwirt*innen u.a. aufgrund ihrer zumeist kleineren Organisationsform
22 unverhältnismäßig gering aus und gibt damit kein vollständiges demokratisches Bild wieder.

23 Nach aktuellen Prognosen stellen die aktuellen Bewirtschaftungsweisen die dauerhafte
24 Ertragsfähigkeit landwirtschaftlicher Flächen infrage. Gleichzeitig arbeiten, v.a. im ökologischen
25 Landbau, Betriebe auf höherem Humusgehalt in ihren Böden. Einerseits ist mit der damit
26 erhöhten Wasserspeicherfähigkeit eine höhere Resilienz bzgl. steigender Trockenheit gegeben.
27 Andererseits ist es gerade durch den Aufbau von Humus möglich CO₂ zu binden.

28 Unmittelbare sind die Bewirtschaftungskosten ökologischer Landwirtschaft höher und
29 entsprechend sind die Produkte für Endverbraucher*innen teurer als konventionell hergestellte
30 Lebensmittel. Eine vollständige Erfassung von Umweltfolgekosten ist schwierig, da in Zukunft
31 noch mehr, bislang unerwartete Ökosystems Schäden auftreten könnten. Dennoch betragen die
32 Kosten konventionell hergestellter Lebensmittel laut einer Arbeit der Uni Augsburg deutlich mehr
33 als ökologisch hergestellte Lebensmittel (Michalke et. al. (2019): How much is the dish).
34 Konventionell hergestellte, tierische Lebensmittel bedürfen demnach einen Preisaufschlag von
35 196%, würden externe Effekte aus Stickstoff, Treibhausgasen und Energiebereitstellung
36 berücksichtigt. Den Aufschlag tragen Bürger*innen ohnehin. Letztlich bedeutet das eine
37 Verzerrung der Kosten zzgl. der aktuellen Subventionsstrukturen, die noch immer v.a.
38 großflächigen Betrieben dienen.

39 Deshalb fordern wir:

- 40 • die Überarbeitung der Subventionsstrukturen für Kleinst- und ökologische Betriebe
- 41 • exklusive finanzielle Förderungen für neugegründeten Betrieben von Landwirt*innen
- 42 ohne direkten Familienhintergrund in der Landwirtschaft
- 43 • Überarbeitung Besteuerungsregulierung von der 5 Jahren bei landwirtschaftlichen
- 44 Neugründungen
- 45 • Finanzielle Unterstützung von Junglandwirt*innen für Inanspruchnahme von
- 46 Subventionsberatungsdienstleistungen
- 47 • Strengere Restriktionen in der Verwendung von Stickstoff als Düngemittel
- 48 • Lockerungen bei Verwendung von Stickstoff in organisch gebundener Form zur
- 49 Verwendung von Humusaufbau
- 50 • Umweltfolgekostenprüfung und Besteuerung von konventionell produzierten
- 51 Lebensmitteln
- 52 • Herabsetzen der Mehrwertsteuer von eu-bio-zertifizierten Lebensmitteln auf 7%

1 **Titel: Für den Schutz kritischer Infrastruktur!**

2
3
4
5
6
7

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

8 Die SPD-Bundestagfraktion soll sich dafür einsetzen, zukünftig die Privatisierung kritischer
9 Infrastruktur, welche sich im Besitz der Kommunen befindet, zu verunmöglichen. Hierzu braucht
10 es ein bundeseinheitlich geltendes Gesetz, welches die Privatisierung solcher kritischen
11 Infrastruktur durch die Kommunen sowie Landes- und Bundesebene verbietet. Zur kritischen
12 Infrastruktur gehören im hier bestehenden Antrag Unternehmen der Strom-, Wasser- und
13 Gasversorgung. Weiterführend zu nennen sind hierbei auch Flughäfen und Häfen sowie Bahnhöfe
14 als essenzielle Einrichtungen der kritischen Infrastruktur, welche ebenfalls des Schutzes vor einer
15 Übernahme durch Investor*innen, insbesondere aus autoritär geführten Staaten bedürfen. Ziel
16 dieser Maßnahmen muss sein, die Funktionsfähigkeit der kritischen Infrastruktur sicherzustellen,
17 sowie die Unabhängigkeit und Souveränität der Bundesrepublik Deutschland zu schützen. Die
18 Einführung eines solchen Gesetzes würde auch eine Beispielwirkung für andere EU-Staaten zur
19 Folge haben und somit langfristig zu einer größeren strategischen Autonomie und Unabhängigkeit
20 der Europäischen Union als Ganzes führen, welche sich auch bei anderen Fragestellungen im
21 Abstimmverhalten der einzelnen Mitgliedsstaaten äußern würden. So käme es insgesamt zu mehr
22 Geschlossenheit innerhalb der Europäischen Union, da die einzelnen Mitgliedsstaaten weniger
23 beeinflussbar wären durch Staaten außerhalb ebendieser und folgerichtig bei neu auftretenden
24 Fragestellungen souveräner agieren könnten.

1 **Titel: Kultur schafft Perspektive**

2

3

4

5

6

7 Kultur ist nicht gleichberechtigt für jeden zugänglich. Gerade für junge Menschen stehen
8 besonders finanzielle Hürden vor der kulturellen Teilhabe. So sind rund ein Drittel der 18 bis unter
9 25 Jährigen in Sachsen armutsgefährdet. Durch die Inflation wird eine bisher noch mögliche
10 Teilhabe für viele Menschen unmöglich. Das gleiche gilt für Menschen im ländlichen Raum. Kinos,
11 Theater, Konzerthallen und Museen sind häufig in Städten. Der ÖPNV ist teuer und häufig nicht
12 ausreichend vorhanden. Kulturelle Teilhabe darf kein Luxus sein, sondern ist Kern einer
13 funktionierenden Gesellschaft. Deshalb braucht es mehr Mittel für Kulturprojekte und Initiativen.
14 Bisherige Erhöhungen reichen lediglich, um die Inflation bedingten Kostensteigerungen
15 auszugleichen, eine tatsächliche Steigerung und dadurch mehr Möglichkeiten schaffen diese
16 nicht.

17 Die Fördermittel für lokale Kulturprojekte und -initiativen über einen Inflationsausgleich hinaus zu
18 erhöhen. Es gilt gezielt Menschen mit niedrigen Einkommen anzusprechen und den Zugang zu
19 kulturellen Angeboten zu ermöglichen. Weiter ist die Einführung eines Pilotprojektes
20 „Regionalmanager*innen Kultur“ eine viel versprechende Form, Kulturleben des ländlichen
21 Raums zu fördern und zu gestalten.

22 Es gibt Unterschiede im kulturellen Angebot von städtischen und ländlichen Räumen. So wird das
23 Angebot im ländlichen Raum oft getragen durch ein Zusammenspiel aus privater Initiative,
24 Ehrenamt und professionellen Angeboten. Eine bessere Koordination und eine große
25 Aufmerksamkeit für solche Projekt verspricht das Pilotprojekt „Regionalmanager*in Kultur“ aus
26 Baden-Württemberg. Kulturmanager*innen sind Schnittstellen zwischen Kultur und Verwaltung
27 sie beraten und vernetzen den kulturellen Akteur*innen und begleiten die Kulturentwicklung in der
28 Region. Der Bedarf für professionelle Ansprechpartner*innen in kleinen Gemeinden wird dadurch
29 begegnet und neue Möglichkeiten zum kulturellen Austausch und zur weiter Entwicklung von
30 Gemeinden geschaffen. Dieses Projekt ist in Baden-Württemberg bisher mit großem Erfolg
31 umgesetzt worden und verspricht auch für Sachsen eine Verbesserung der ländlichen
32 Kulturarbeit.

33